

## Aktuelles

### Natur überholt: Das „hochqualifizierte Grün“ der Bundesgartenschauen ...



Foto: T. Störmer, Kassel



Foto: M. Nikolic, Kassel

#### Durch Pflege zerstört.

In den fünfziger und vielleicht noch in den sechziger Jahren waren die Bundesgartenschauen nützliche Instrumente der städtischen Grünraumplanung: Mit dem Vehikel einer Gartenausstellung konnte eine Stadt Parke schaffen oder im Kriege vernachlässigte Anlagen wieder in Ordnung bringen. Natürlich handelte es sich schon damals um „Leistungsschauen des Gartengewerbes“, also um geschmacklich fragwürdige Blumen-

schlachtfelder von hohem Pflegeaufwand, die von geringer Nachhaltigkeit waren und gewöhnlich nach einigen Jahren vernachlässigt wurden und verfielen.

Bei den Bundesgartenschauen der siebziger Jahre, Mannheim, (Stuttgart hat positive Aspekte), Bonn und vor allem bei den für die achtziger Jahre geplanten und im Bau befindlichen Anlagen, Kassel, Berlin, Frankfurt a. M., überwiegen, von der städtischen

Bevölkerung her gesehen, die Verluste an Brauchbarkeit des Freiraums bei weitem die Gewinne. Es werden nicht mehr Parke geschaffen oder wiederhergestellt, sondern es werden funktionierende und benutzte Parke, Schrebergartenanlagen oder stadtnahe Wiesen in Vorzeigegärten und andere funktionalisierte Einrichtungen umgewandelt und mit Zäunen, Verbotstafeln und womöglich Eintrittspreisen versehen.

Über die Zerstörungen, die in diesem Zusammenhang an der historischen Kasseler Karlsaue, einem beliebten Landschaftsgarten von ehemals großer Bewegungsfreiheit, vorgenommen werden, berichtet die Schrift „Durch Pflege zerstört“, verfaßt von der Werkbund-Gruppe Kassel, erhältlich bei Monika Nikolic, Pfannkuchstraße 17, 3500 Kassel, für DM 4,- incl. Porto.

So lautet das Motto der Bürgerinitiative „DIE GRÜNSCHNÄBEL“, die in Frankfurt am Main gegen die dort geplante Bundesgartenschau 1989 angetreten sind. Mit dem Stichwort „Bundesgartenschau“ verbinden die Bürger normalerweise etwas Positives, nämlich NEUE und MEHR Grün- und Erholungsflächen. Die vorliegende Planung unter dem beherzigenswerten Motto: „Natur in der Stadt“ zeigt aber bereits auf den ersten Blick, daß KEIN QUADRATZENTIMETER MEHR GRÜN geschaffen wird: Schon vorhandene, vielseitig genutzt Naherholungsgebiete sollen umgewandelt werden in „hochqualifiziertes Grün“ (OB Dr. Wallmann), in eine Touristenattraktion, die zur Imagepflege „Krank-furts“ dienen soll. (Nach den Gründen, WARUM das Image Frankfurts an „zu wenig Grün“ leidet, wird dabei natürlich nicht geforscht!). 45% der Investitionen sind für BETON-Bebauung vorgesehen wie z.B. 6.000 Parkplätze, zusätzliche Autobahnabfahrten, Restaurants, Zäune usw. Dabei geht noch mehr Grün verloren; auf der anderen Seite fehlen die über 100 Millionen Mark Steuergelder für reale Verbesserungen der Lebensbedingungen in der Stadt: Der Freizeitenentwicklungsplan (FFEP) weist für Frankfurt einen Fehlbedarf an Grünflächen von ca. 400 ha aus.

Gegen diesen Notstand, an dem die Frankfurter leiden, wirkt die Bundesgartenschau-Planung wie blanker Zynismus: Das Hochpöppeln bereits bestehender Erholungsgebiete zu „Volksparke“ und gärtnerisch aufwendigen Blu-

#### Bundesgartenschau - Wir pfeifen drauf!

menrabatten dient so gesehen der Ablenkung wie weiland im Märchen: „Seht her, welch schöne Kleider wir anhaben!“ Die Grünschnäbel arbeiten daran, diesen schönen Schein zu zerreißen: „DER KAISER IST NACKT!“

Die mobilisierte Öffentlichkeit hat denn auch bereits Erfolge zu verzeichnen: Der in Frankfurt am meisten genutzte Park, der Grüneburgpark, ist zunächst aus der

unmittelbaren Planung herausgenommen worden. Dafür droht den Bewohnern, die ums Niddatal wohnen (eine der letzten Frischluftschneisen Frankfurts), eine noch größer dimensionierte Bundesgartenschau. Die taktische Maßnahme der Verschiebung in ein anderes Gebiet aber nützt nichts: Die Bewohner am Niddatal haben den gleichen Anspruch auf IHR Naherholungsgebiet wie

die Nutzer des Grüneburgparks. An diesen taktischen Feinheiten kann beispielhaft abgelesen werden, daß die Bürger Frankfurts, in deren Namen ja das alles geschieht, überhaupt nicht gefragt sind: Sie werden zur Manövriermasse undurchsichtiger-durchsichtiger machtpolitischer Interessen.

#### Mehr Grün für Alle

Von daher bestimmt sich die Alternative der „Grünschnäbel“: Wir fordern eine NEUE und AKTIVE GRÜNPOLITIK, die vom MENSCHEN ausgeht. Von seinen Wünschen, Bedürfnissen, Träumen und Hoffnungen. Die Bewohner müssen von „Betroffenen“ (der verärrische Planer-Slang!) zu Mit-Handelnden werden. Ohne wirkliche Bürgerbeteiligung versanden auch die besten Ideen bzw. kehren sich gegen die Bürger. Von diesem Ausgangspunkt aus fordern wir MEHR GRÜN FÜR ALLE, insbesondere in den bislang stiefmütterlich behandelten Stadtteilen (wie sie der FFEP exemplarisch ausweist): Mehr Grün in Wohnungsnähe, vor der Haustür (70% seiner Freizeit verbringt der Bewohner in der Wohnung bzw. in Wohnungsnähe): Mehr Grün für alle Bevölkerungsgruppen, nach ihren Bedürfnissen und Wünschen und: Mehr Grün „zum Anfassen“ und nicht „zum Vorzeigen“.

**VORRANG FÜR'S GRÜN, denn das heißt VORRANG FÜR DIE MENSCHEN**

Kontaktadresse: C. Strothmann, 6000 Ffm. 1, Altkönigstr. 4, „Die Grünschnäbel“





# „Häuser sind zum Wohnen da!“

## INSTAND(be)SETZUNG: ein neues Wort am Himmel alternativer Begriffe

Am 4. März 79, vierzehn Tage vor der Berliner Wahl, hingen im Haberkern – Kreuzbergs düsterem Herzstück – die Plakate: „Weil leerstehende Wohnungen nicht vermietet werden: INSTAND-(be-)SETZUNG“. Die Schreibweise verriet die Taktik, mit der die Senats-eigene BeWoGe zur Vermietung ihrer enormen Leerstandsreserve – 263 Wohnungen allein im Haberkern! – gezwungen werden sollte: man niste sich in leerstehende Wohnungen ein, nachdem alle Versuche, sie von der BeWoGe anzumieten, sogar trotz Rechtshilfe gescheitert waren, setze sie übers Wochenende in wohnlichen Zustand, zahle am Montag freiwillig Miete auf das Konto der Gesellschaft und lade diese samt der Presse und dem Fernsehen in die gemalten Räume zum Verhandeln über Mietverträge und Vermietung der weiteren Wohnungen ein. Man weise also nach, daß Instandsetzung ganz groß und Besetzung ganz klein geschrieben ist, ein unvermeidlicher Schönheitsfehler, der Pferdefuß, gewissermaßen, der unten aus der Arbeitshose schaut.

Konnte der Erfolg der ersten INSTAND-(be-)SETZUNG – Mietverträge für die Besetzer: gemeinsame Überprüfung des Leerstandes durch BeWoGe und den Verein bzw. die Bürgerinitiative SO 36 – noch auf das Konto der öffentlichen Selbstverpflichtung der Behörden und den nahen Wahltermin für die Politiker (die ihren Wahlkampf in SO 36 mit ihrem Engagement für die „Strategien“ führten, worauf die Alternative Liste in dieser Ecke den höchsten Stimmanteil von ganz Berlin erzielte) gebucht werden, sah es bei der zweiten Runde im Dezember 79 schon anders aus.

ARCH+Leser erinnern sich (ARCH+ 49): Zur Preisverleihung der KULTURPOLITISCHEN GESELLSCHAFT Bonn an den Verein SO 36 und den „Südost-Express“ gingen Mitglieder der Bürgerinitiative SO 36 in einige Häuser des Blocks 133 in der Cuvrystraße, den zum größeren Teil eine private Baugesellschaft mit dem erklärten Ziel aufgekauft hatte, die Wohn- und Gewerbegebäude abzureißen und eine einfallsslose, wenn auch renditeträchtige Neubebauung hinzustellen. Auch hier gingen diesem Schritt umfangreiche Bemühungen voraus, den Eigentümer von seinen Plänen abzubringen und neben den Gewerberäumen auch den größeren Teil der Wohnhäuser zu modernisieren. Nachdem dieser aber sogar den honorieren und bei den Behörden akkreditierten Verein SO 36 zu „Berufsprotestlern“ erklärte, mit denen er nicht verhandeln und sich einen Teufel um die Abmachungen zwischen Bürgern und Verwaltung schere – „Keine Blockkonzepte in SO 36 ohne Bürgerbeteiligung!“ – konnten auch Politiker und Verwaltung den Instandbesetzern nicht in den Rücken fallen. Stattdessen die Flucht nach vorn: Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens für den Block 133,

Einschalten der IBA 84 zur Erarbeitung eines Blockkonzeptes inklusive Kindertagesstätte und Erhalt des Gewerbes, Modernisierung des Blockrandes und ganz vorsichtige Entkernung nach Nutzung der Hofgebäude für die Modernisierungsumsetzung.

Im Kleinkrieg um zugemauerte Wohnungen, abgerissene Remisen usw. gab sich die Verwaltung stark – die Probe aufs Exempel lief eh vor Gericht, wo der Eigentümer gegen die Redakteure des „Südost-Express“ (die er aus dem Impressum namhaft machen und mit der Bürgerinitiative SO 36 bzw. den Besetzern in eins setzen konnte) eine einstweilige Verfügung auf Unterlassung von Besetzung und Aufforderung dazu erwirkte: 500.000 DM Strafe oder 6 Monate Gefängnis waren bedrohlich genug, um Widerspruch bei Gericht einzulegen. Die Verhandlung machte dieses neue Streitspiel aktenkundig und gerichtsnotorisch – mit überraschendem Effekt. Die couragierte Richterin der Pressekammer am Landgericht ließ nicht nur erkennen, daß sie eine einstweilige Verfügung gar nicht erlassen hätte (das hatte die Vertretungskammer fertiggelassen), sondern ließ sich auch den sozialen Sinn einer INSTAND-(be-)SETZUNG erklären. Wenn der Eigentümer durch Leerstehen und Verrottenlassen die Nutzung seines Eigentums sozialwidrig aufgibt, so argumentierte sie, kann eine INSTAND-(be-)SETZUNG, die die Bewohnbarkeit des ganzen Hauses fördert und Wohnungssuchenden Raum gibt, nicht als Gefahr im Verzuge und Hinderung des Rechtstitels Eigentum bedeuten; das Grundgesetz betone die Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Als dann der Rechtsvertreter der einstweilig Verfügten noch darlegen konnte, daß die Bürgerinitiative rechtlich ein „nihil“, ein Nichts sei und dieser spontane Zusammenschluß von Engagierten nicht in corpore belangt werden könne, die Redakteure sich dazu noch zur selben Zeit kulturpolitisch ehren ließen, also an der inkriminierten Aktion gar nicht selbst beteiligt sein konnten, konnte der anwesende Eigentümer der Instand-(be-)setzten Häuser seinen Rechtsvertreter im hoffnungslos überfüllten Gerichtssaal nur noch anweisen, das Handtuch zu werfen, was ihm dann die Übernahme der ganzen Gerichtskosten eintrug. Instandbesetzer, Sympathisanten und die Öffentlichkeit einschließlich der Presse freuten sich. Am Freitag – Am Sonnabend schon wurden die nächsten Wohnungen im Block 133 instand-(be-)setzt. Und sind es noch heute.

Aber als das Beispiel nun Schule machte und INSTAND-(be-)SETZUNGEN nun Mode zu werden drohten, wurde es zumindest dem gutbürgerlichen „Tagesspiegel“ – der braven Alternative zur Springer-Presse in Berlin – zuviel: hatte sich der zuständige Redakteur noch den ersten Artikel weitgehend vom Geschäftsführer des

Vereins SO 36 diktieren lassen, so wurde seine Einstellung in zwei weiteren Artikeln immer „rechtlicher“; er sah das Messer an der Kehle der Heiligen Kuh „Eigentum“: „Hausbesetzungen und Planungen der Ämter entziehen den Eigentümern jede Möglichkeit, über ihr Eigentum planend zu verfügen“. Da die Behörde – in SO 36 vorsichtig geworden, ein Vorgehen etwa mit der Bauaufsicht gegen die Instand-(be-)setzer ablehnt, liegt es für den Tagesspiegel allein am Großmut der Eigentümer, daß es nicht zur Eskalation kommt:

„So sind also die Hausbesetzer im Wedding und in Kreuzberg zunächst einmal in einem Schonraum und erfreuen sich der Besonnenheit von Polizei und Hauseigentümern.“ Gegen die einsetzende Flut von Leserbriefen und Anrufen muß der Leitartikler des Lokalteils seinem bedrängten Kollegen zu Hilfe kommen und noch einmal grundsätzlich klarstellen, daß auch Bürgerinitiativen auf dem Boden des Rechtsstaates zu stehen hätten: „Die ständige Überprüfung von Rechtsnormen am Leben ist nützlich, ja systemnotwendig. Dabei sind risikobereite Einzelne und spontane Vereinigungen willkommene Helfer. Die Vorstellung, ein Mehrheitsbeschluß interessierter Gruppen könne Rechtsnormen politisch suspendieren, ist Rätedenken.“ Gegen die gleichzeitig laufenden Häuserkampfübungen der US-Berlinbrigade in einem Abriss-umstrittenen Nachbarblock war offensichtlich nichts einzuwenden: die Objekte sind den schützenden Mächten ordnungsgemäß zur Verfügung gestellt worden, wenn auch vor zwei Jahren, und man weiß nicht genau von wem, nur die Bewohner hat man vergessen, rechtzeitig zu benachrichtigen – was wohnen sie auch immer noch dort an der Skalitzer Straße, wo die IBA 84 im Zuge der Sanierung ein Modellprojekt in Systembauweise einsetzen soll?

Nachdem nun die Initiativen im Sanierungsbereich um das Kottbusser Tor ihre eigenen INSTAND-(be-)SETZUNGEN in Wohn- und Fabrikgebäuden am Leuschnerdamm angezettelt hatten, wollte nun die IBA, um Kooperation mit den Vertretern der Sanierungsbetroffenen bemüht, sich auch nicht lumpen lassen: ihre INSTAND-(be-)SETZUNG in der Mariannenstraße, gemeinsam mit der Betroffenenvertretung und der Alternativen Liste rundet vorerst die Liste der Aktionen ab und gibt dieser Spielart der Auseinandersetzung den Flair der Seriosität. Da mußte auch der „Tagesspiegel“ nun einen anderen Journalisten mit der Würdigung dieses Vorgangs betrauen; der fand denn auch die positiven Züge an dieser rechtlosen Tat: „Betroffene wollen die Behörden binden – die sogenannte Instandbesetzung ... war als Zeichen gedacht“ und es „sollte ... der jahrelang erhobenen Forderung Nachdruck verliehen werden, daß Wohnungen nicht sinnlos leerstehen und langsam verkom-

men, sondern instandgesetzt und vermietet werden.“

### Was lernen wir daraus?

o INSTAND-(be-)SETZUNG ist ultima ratio, letztes Mittel, wenn sich eine Initiative mit Verhandlungen, rechtlichen Schritten, öffentlichen Appellen und so weiter ehrlich gemacht hat – man muß ihr die Verzeihung so recht anmerken.

o INSTAND-(be-)SETZUNG kommt aus der moralisch besseren, auch von den Politikern und Verwaltungsspitzen offiziell eingenommenen Position; sie bringt diese auf den „point of no return“, an dem die Bekundungen von Politikern und Verwaltungsvertretern mindestens als Sympathie für das Vorgehen der Akteure eingefordert werden können; da schließt sich die öffentliche Meinung, gegebenenfalls sogar das Gericht, a. Augenzwinkerndes Einvernehmen zwischen Verwaltung und Eigentümer/Investor ist im Lichte solcher Öffentlichkeit nicht mehr möglich, so sehr sich der letztere auch wundern mag. INSTAND-(be-)SETZUNG ist soziale Tat, wenn die Besetzer nicht (allein) zu ihren eigenen Gunsten sich Wohnraum verschaffen und renovieren, wenn sie auch das Eigentum, das sozialpflichtige, insoweit achten, als sie ihre Bereitschaft zu Mietzahlung und Legitimierung des rechtswidrigen Zustandes durch Abschluß eines Mietvertrages erkennbar anstreben.

o INSTAND-(be-)SETZUNG ist der Einstieg in eine konzentrierte Aktion von Betroffenen, Verwaltung, Politikern, Planern – und schließlich auch den Eigentümern, die gute Miene zum leidigen Spiel machen müssen, wenn ihnen nicht das Investieren vergehen soll. Doch merket: Wenn Ihr keinen öffentlichen Rückenwind habt, wenn Ihr die Politiker nicht unter den moralischen Druck setzen könnt, daß Ihr in Gang bringt, was sie sowieso schon seit langem wollen, wenn Ihr neben der „Putz-Ebene“ (hier Bürgerinitiative SO 36) nicht auch eine „Verhandlungs-Ebene“ (hier Verein SO 36) habt, wenn nicht alle außer den bösen Spekulantanten wissen, daß Ihr natürlich nur das Gute wollt, dann kann es natürlich auch passieren, daß Ihr wieder draußen und erkenntnisdienlich behandelt seid, ehe Ihr nur die alten Tapeten von den Wänden und den Gips angerührt habt – INSTAND-(be-)SETZUNG ist in erster Linie eine politische Aktion, integriert in Strategien wie die für Kreuzberg.

Klaus Duntze



## Worum geht's im Stollwerck? -

### Zu einigen „fachlichen“ Erwägungen.

Es geht aber in Stollwerck noch um viel mehr: man hat es geschafft, in der Öffentlichkeit Parteinnahme zu erzwingen, eine Parteinnahme, die quer durch die Kölner SPD selber geht und wo der Parteitag unerwartet die nach der Landtagswahl plötzlich besonders der Gangart der lokalen SPD-Spitze ablehnte, als er mit einer Mehrheit von 3 Stimmen die Aussetzung des Abrißbeschlusses forderte.

Doch an diesem Punkte setzen bereits Argumentationen ein, die da lauten: ohne Partei für „die da oben“ nehmen zu wollen, ist der im damaligen Wettbewerb als erster Sieger hervorgegangene Entwurf der Gruppe dt8 um den Architekten Schaller, der den Abriß der Fabrik zu 60% und den Bau von Wohnungen, deren Mietpreis durch Mittel der Sanierungs- und sozialen Wohnungsbauaufordernung niedrig gehalten werden soll, nicht tatsächlich besser? Muß nicht gerade der sachverständige Planer und Architekt trotz aller Sympathie für die Besetzer einer Stadt, die das dt8-Team unterstützt, „fachlich“ recht geben?

Worum es geht, das wird man sich heute weit über Köln hinaus fragen. Um einen erneuten Beweis der Schwerhörigkeit, Arroganz und – wenn's sein muß – auch der Brutalität der Lokalpolitiker und -verwalter gegenüber denen, die bei Wohnungsnot und Wohnraumzerstörung zur Selbsthilfe greifen? Sicher auch das, wenn im Kölner Stadtanzeiger vom 31.5. Kölns Polizeipräsident Hosse betont, daß jeder einzelne Besetzer des Stollwerckgeländes für alle entstandenen Schäden in vollem Umfang haftbar gemacht werden könne – auch wenn am Ende nur ein einziger festgenommen worden sei und daß dies ohne jede Einschränkung auch für jeden Besucher gelte; Zu diesen Argumenten und Zweifeln bei Leuten vom Fach ein paar Überlegungen:

Das Modell der BISA (Umwidmung der Fabrik) ist nicht billiger, so argumentiert man von seiten des dt8-Teams; Mittel nach dem Städtebauförderungsgesetz können für ein solches Vorhaben nicht eingesetzt werden; die Stadt Köln geht noch weiter: in ihrer bezahlten vierseitigen Anzeige in allen Kölner Zeitungen sagt sie überdies: die geplanten Größen der Wohnungen im Stollwerck halten sich nicht an die Förderungsregeln des sozialen Wohnungsbaus, „Vater Staat zahlt für dieses Projekt keinen Pfennig“. Wir meinen: muß eigentlich jede „progressive“ Planung diese Förderungsregeln als Tabu betrachten? Kann die Stadt Köln wirklich nicht, wenn „Vater Staat“ nicht will, oder gäbe es bei einem entschlossenen Schritt der Stadt nicht vielmehr die Chance, mit einem erstmaligen Durchbrechen der Förderungsbestimmungen die Diskussion über ihren Wert und Unwert verstärkt in Gang zu bringen? (Die Stadt selbst räumt ein, daß nicht auszuschließen ist, daß „Vater Staat doch zu einem Zuschuß zu überreden“ sei.) – Kurzum: Liegt nicht gerade ein Vorzug des BISA-Konzepts darin, daß es die (Förderungs-)Regeln und Bestimmungen ignoriert – liegt es nicht auch an diesen Bestimmungen, daß der „soziale“ Wohnungsbau so auf den Hund gekommen ist?

Das Modell der BISA, das den Erhalt der ganzen Fabrik vorsieht, ist sowohl baulich wie vom Stadtbild her fragwürdig – ein linker SPD-Abgeordneter aus Köln soll sich richtig empört haben, daß dort, wo die Kollegen jahrelang schufteten mußten, sie jetzt auch noch wohnen sollen! Wir meinen: Ist der preisgekrönte Entwurf des dt8-Teams – eine Zeilenbebauung mit giebelständigen Stadthäuschen – tatsächlich die – wie sagt man so schön? – ansprechendere Lösung? Wie viele Wettbewerbe hat es eigentlich gegeben, wo der zweifelloos ansprechendste erste Preis

sich ins Nachhinein auch als eine formale und soziale Katastrophe herausstellte? Sind alle sicher, daß es diesmal ganz anders sein wird? Und noch etwas: es soll ja auch schon oft vorgekommen sein, daß bei langwierigen Bauprojekten der ursprüngliche Entwurf nur noch in den berühmten „Grundzügen“ erhalten blieb – eine Sache, die im BISA-Projekt, mit dem sich viele Betroffene nachweislich identifizieren, wohl weit schwerer in Szene zu setzen sein wird als im dt8-Projekt, das eine solche Popularität bislang nicht nachweisen kann.

Aber da ist noch ein Argument eben, das, was man bei der ganzen Sympathie für die Sache am wenigsten gern ausspricht: verquicken sich hier nicht die Interessen des Architekten und BISA-Mitarbeitenden Goerner unzulässig mit dem, was Bürgerinitiative sein sollte? „Stollwerck-Sport brutal“ leitetartikelt denn auch die Stadt Köln in ihrer Anzeige, und meint, daß das BISA-Team, das im freien Wettbewerb verloren hat, kein fair-play spielen will. Aufrichtiger und feiner der Kollege Schaller vom dt8: „Nicht gerade glücklich“ ist er darüber, daß die Besetzer die Ergebnisse des städtebaulichen Ideenwettbewerbs zu Stollwerck nicht anerkennen wollen: „Solche freien Wettbewerbe sind für Architekten die einzige Chance, ohne Klängelei an Aufträge zu kommen“. Das allerdings gibt zu denken. Ist nicht etwas mehr Phantasie und Vorstellungskraft über die Selbstverwirklichungsmöglichkeiten des Architekten erlaubt? Ist es denn realistisch, daß der Kollege Goerner, der sich da weit mehr Freiheiten nimmt, eine der größten Kölner Bürgerinitiativen über Jahre gleichsam als hauseigene public-relations Gruppe gebrauchen könnte? Wir meinen, daß das wenig realistisch ist und daß vielleicht doch die Vorstellung des Architekten Schaller über die Rolle des Berufsstands fragwürdiger sind als die des Architekten Goerner.

Aber vergessen wir nicht: wenn es nach den Vorstellungen der Kölner SPD geht, dann soll dt8 bald so handeln dürfen, wie die BISA gehandelt hat: es soll auch eine städtische Musterwohnung gebaut werden und soll dann nach Vergleich zwischen dieser und der schon gebauten BISA-Musterwohnung das Volk entscheiden – genauer, die Bürger im Severinsviertel. Eine solche Neudefinition des „freien“ Wettbewerbs, des Verfahrens und der Preisrichter wäre ja schließlich auch – von wo waren wir ausgegangen? – fachlich interessant, oder?

A.E.

## Aachen:

Angeregt durch den Hausbesetzerkongreß in Göttingen im Frühjahr d.J. und durch nachbarschaftliche Kontakte zu den Kraakern in Amsterdam, Maastricht und dem Stollwerck-Köln kam es im Mai in Aachen zu zwei **Haus IN-STAND**(be)SETZUNGEN. (Templergraben 8 im Hochschulviertel und Gördenstrasse 20 im Frankenberger Viertel. Beide Häuser waren bzw. sind von Straßenverbreiterungen nach Plänen anfangs der 60er Jahre bedroht).

Das überwiegend positive Echo in der Öffentlichkeit und z.T. auch in der Lokalpresse überraschte selbst die Hausbesetzer. Die Begründung ist bei der seit langem katastrophalen Wohnungsverordnung zu suchen, die sich jeweils zu Semesterbeginn, wenn die neuen Studenten auf Wohnungssuche gehen dramatisch zuspitzt.

Ein rigider Versuch des Aachener OB Malangré (CDU), das eigentliche Problem nicht zur Kenntnis zu nehmen und dafür den formaljuristischen Aspekt – den angeblichen Rechtsbruch – zu benutzen um die Instandbesetzer in die kriminelle Ecke zu schieben, blieb erfolglos und führte zu vehementen Protesten gegen die Ignoranz des Stadtoberhauptes.

In Aachen wird die in allen Großstädten der BRD akute Wohnungsnot durch eine einäugig wirtschaftsorientierte Stadtentwicklungspolitik, sowie eine auf die speziellen Bedürfnisse der oberen Einkommensschichten zugeschnittene Wohnungsbaupolitik geradezu systematisch vorangetrieben. Im wesentlichen verfährt die Aachener Rats-Verwaltungsklüngele nach den zwei bekannten Rezepten:

1. Die schleichende Umstrukturierung von attraktiv gelegenen Wohn- in Büro- und für den Tourismus attraktive -gebiete wird mit allen Mitteln gefördert. (Permanente Straßenverbreiterungen für den Autoverkehr; lasche Handhabung der Zweckentfremdungsverordnung; laufende Verstöße gegen das Abwässergebot § 1 (7) BbauG)



Foto: H.-J. Serwe



Stollwerck-Bauaktion am 3./4. Mai 1980 Foto: Kölner Volksblatt



## Wohnraumrettungs- gesellschaft gegründet



Räumung Templergraben 8 am 6. Mai 80

Foto: K. Martin

2. Die unteren Einkommensschichten werden aus der Innenstadt verdrängt. Der Wohnungsteilmarkt "Billiges Wohnen" nach und nach vernichtet.

Die Besetzungen werden nicht wie in den meisten Städten von einer einzelnen Bevölkerungsgruppe oder politischen Gruppe durchgeführt, sondern es bestand von vornherein das Bemühen, möglichst viele interessierte Gruppen in die Vorgehensweise einzubeziehen.

Der wesentliche Träger der Besetzung "Gördeler Straße 20" ist z.B. eine seit etwa 5 Jahren tätige Bürgerinitiative, in der Angehörige der verschiedensten Alters- und Berufsgruppen vertreten sind. – Ziel ist nicht allein die Lösung der Wohnungsprobleme der Studenten, sondern es geht um die Wohnungsprobleme aller betroffenen Mietergruppen.

In den Aktionen wurden einige neue Elemente deutlich, die Hinweise beinhalten könnten für den Stand und eine eventuelle Perspektive der kommunalpolitisch orientierten Bürgerinitiativbewegung:

– Gegenstand war nicht die Lösung nur "eines Problems", sondern die konkreten Forderungen wurden auf das Langzeitproblem, wie z.Zt. die Wohnungsfrage, ausgeweitet. Um den inhaltlichen Zusammenhang für die laufenden und geplanten Aktionen zu ge-

währleisten, wurde nach der polizeilichen Räumung des Hauses Templergraben 8 auf einer Bürgerversammlung in Anlehnung an das Kölner Beispiel (näheres: DIE NEUE 3/ 10. Okt. 79) eine "Wohnraumrettungsgesellschaft" gegründet.

– Die Vorgehensweise wurde nicht mehr getragen vom Vertrauen in die sozialdemokratische Reformpolitik (bei der die verteilungspolitisch relevanten Reformen ja nicht über die Programmphase hinausgekommen sind).

– Es existieren auch kaum noch Hoffnungen hinsichtlich der Einlösung von Wahlkampfversprechen sondern der Legitimationsdruck vor Wahlen wird lediglich nüchtern kalkuliert, inwiefern er den eigenen Handlungsspielraum taktisch erweitert.

– Dagegen fangen die Wohnungssuchenden an, ihre Erfahrung, daß sie sich nicht auf die Realisierung ihrer Forderungen durch die herrschenden Parteien verlassen können, umzusetzen, indem sie anfangen die Durchsetzung und Realisierung ihrer sozialen Rechte selbst in die Hand zu nehmen. Hausinstand(be)setzungen und Formen des gewaltfreien Widerstands gegen die Polizei werden als die konkrete Inanspruchnahme des "Rechts auf Widerstand", GG Art. 20 (4) interpretiert, angewendet auf den sozialen Notstand der Wohnungsversorgung.

B.L.



Protestmarsch nach der Räumung

Foto: Arbeiterfotografie Aachen

## Berlin: Mauer abgerissen

### „Another Break in the Wall“ - oder: Wohnumfeldverbesserung in Selbsthilfe

Die planerische Grundidee war ideal: in unverkennbarer Anlehnung an eine städtebauliche Dominante Berlins verbesserte das Gartenbauamt Kreuzberg das Wohnumfeld am Oranienplatz in Kreuzberg. Für rund 100.000 DM wurde der Platz bis zu 2,50 m Höhe rundum eingemauert; freilich nicht nur aus ästhetischen Gründen: „Die Mauer sollte Schutz gegen Zugluft für die Parkbänke bieten, auf denen sich ältere Kreuzberger gerne ausruhen.“ (Berliner Zeitung)

Zwar ist nicht bekannt, daß sich je ein jüngerer oder älterer Kreuzberger über die Berliner Zugluft am Oranienplatz beschwerte – bei jedem wärmenden Sonnenstrahl ist der Platz dicht belagert, immerhin wollte die Behörde nur das Beste und schließlich „werden sich die Ämter schon etwas dabei gedacht haben, da eine Mauer hinzusetzen“ (eine Anwohnermeinung lt. Berliner Morgenpost).

Freilich muß zugegeben werden, daß die Mauer vornehmlich als diskretes Hundeklo diente, Parkbänke z.T. verschattete und die visuellen Kontakte zwischen Platz, Straßen und Gehsteigen versperrte, so daß sich „ältere Kreuzberger“ abends kaum da durch traute. Aber geht die vielzitierte Selbsthilfe nicht zu weit, wenn „Krawallbrüder gewaltsam einreißen, was zum Wohl Erholungssuchender erbaut wurde“ (Berliner Morgenpost)? Ist es ein Zufall, daß die in Entführungen bekanntlich nicht ungeübten Berliner Krawallbrüder „einen Bagger entführten und die Mauer niederwalzten“ (B.Z.)?

Bekamen die Ordnungshüter die erste Selbsthilfeaktion am 27.3. noch schnell in den Polizeigriff, so mußte sie am 1. Mai – natürlich! – schon mit 3 Schüssen „in die Luft“ (Polizeibericht) einschreiten, als 100 Krawallbrüder „mit Hammer

und Meißel“ (Morgenpost) Hand an die Mauer legten. Immerhin führten die Schüsse zu dem schönen Erfolg, daß sich die Menge zerstreute und die Mordkommission gegen den 20jährigen Manfred W. wegen der Bedrohung eines Polizisten mittels eines Tischbeins ermitteln kann.

Freilich noch am Abend des 1. Mai rotteten sich 300 Krawallbrüder zusammen, um diesmal das Werk mit Bulldozern gründlich und endlich abzuschließen (siehe nebenstehendes Bild). Die Polizei griff diesmal nicht ein und zu – vielleicht eine Spätzündung der Parole: Am 1. Mai – frei für die Polizei!

So konnte eine wohnumfeldbezogene Selbsthilfeaktion noch einmal zu einem glücklichen Ende gebracht werden. Bei der Neuplanung sollen vorher sogar die betroffenen Anwohner gehört werden. Schließlich ist das ganze Malheur je nur passiert, „weil die Mitglieder des Bauausschusses übersehen haben, daß die Mauer so hoch werden würde“ (CDU-Baustadtrat Gramatzky).



Wie wäre es, wenn man die Mitglieder des Bauausschusses auch noch in anderen Fragen durch Bürgerbeteiligung etwas entlasten würde, damit man der Verwaltung einige schmerzliche Lernprozesse, dem Steuerzahler ein paar Hunderttausender und der Polizei ein paar Revolverhelden ersparen könnte?

U.H.





Auch im Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) hat sich das Arbeitsklima – wie anderswo – verschlechtert. Dies zeigt sich auch darin, daß es der Institutsleitung möglich ist, ein Berufsverbot zu verhängen. Die Vorgänge sind in diesem Heft in der Erklärung der Assistentenversammlung des ISR Berlin beschrieben.

Hier soll auf die desolante Situation im Difu eingegangen werden, die einen solchen Fall ermöglichen konnte. Zuerst eine Schilderung der Reaktionen der Belegschaft auf das Berufsverbot:

- o Einigkeit bei der Ablehnung des Berufsverbots auf einer internen Mitarbeiterversammlung;
- o keine Einigkeit in der Frage von weitergehenden Reaktionen. Das Stimmungsbild war folgendes: „Berufsverbote wollen wir nicht.“ Dann aber schon vereinzelt Fragen wie: „Wollen wir uns denn für einen Kommunisten stark machen?“ Und einhellige Empörungsschreie: „Die Institutsleitung hat uns Wissenschaftler bei dieser Entscheidung übergangen.“

Wie konnte so eine Stimmung im Difu entstehen, in der die politische Bedeutung eines Berufsver-

## Bericht zur Lage eines einst fortschrittlichen Instituts

### Aufgezeigt am Berufsverbot im Deutschen Institut für Urbanistik, Berlin

botes „zwar“ gesehen wird, die persönliche Kränkung aber, bei einer Entscheidung nicht hinzugezogen worden zu sein, bei vielen Wissenschaftlern fast schwerer wiegt? Wie ist das ängstliche Taktieren, das Duckmäusertum zu erklären, das das Verhängen eines Berufsverbotes zuläßt?

Seit einigen Jahren schon (Änderung des politischen Klimas, personelle Änderung in der Institutsleitung) lassen sich die Kollegen widerstandslos ihrer kleinen Mitbestimmungsprivilegien berauben:

- o Da wird ein Institut umorganisiert; keiner will's, keiner wehrt sich.
- o Da kommen Forderungen auf nach verschärfter Arbeitszeitkontrolle; nur der Betriebsrat reagiert.
- o Da werden Mehrheitsentscheidungen bei Einstellungsverfahren nicht berücksichtigt. Es wird

hingegenommen, murrend vielleicht, aber ohne ein offenes Wort.

Sogar das nun verhängte Berufsverbot, das eine ganz neue politische Gängelung darstellt, bewirkt nicht mehr als ein Grollen im Institut. Die „Linken“ im Institut, die in Bürgerinitiativen, in der Gewerkschaft oder sonstwo politisch aktiv sind oder zumindest in den Difu-Veröffentlichungen progressive Beiträge liefern, wo bleibt ihr Beitrag, wenn es um Politik im eigenen Hause geht? Möglichkeiten des konkreten Widerstandes wurden gemeinschaftlich nicht einmal erwogen, nach dem Motto: Was nützt es dem Betroffenen, wenn ich durch eventuelle Solidarisierung auch meinen Arbeitsplatz riskiere?

Mit der Schilderung des Verhaltens der Kollegen/innen im Difu sollte zweierlei deutlich gemacht werden:

- o Den traurigen Tatbestand aufzeigen, daß Mitarbeiter des

Instituts, die behaupten einen kritischen gesellschaftlichen Standpunkt einzunehmen, ein Berufsverbot im 'eigenen' Haus hinnehmen.

- o Den Widerspruch zwischen fachlich wissenschaftlicher Arbeit und dem persönlichen Verhalten am Arbeitsplatz darlegen. Wissenschaftler, die sich in Difu-Veröffentlichungen für Demokratisierung vieler Lebensbereiche einsetzen und beklagen, daß bestehende Beteiligungsangebote von bestimmten Bevölkerungsgruppen nicht oder zu wenig in Anspruch genommen werden, wehren sich nicht gegen den Abbau ihrer demokratischen Recht am eigenen Arbeitsplatz. Wie ist diese Unwilligkeit oder Angst von Personen zu erklären, die bessere Voraussetzungen haben, Beteiligung zu praktizieren, als diejenigen, von denen sie sie in ihren Arbeiten verlangen?

Vielleicht wird durch diesen Beitrag mal die Diskussion über persönliches Verhalten am Arbeitsplatz angeregt und was man tun könnte bei Berufsverböten im „eigenen“ Hause?

Auch nach der Abschaffung der Regelanfrage zur politischen Überprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst in Berlin (West) findet weiter politische Diskriminierung bei der Stellenvergabe statt, nicht nur im öffentlichen Dienst. Wir stellen im folgenden ein Einzelbeispiel deswegen so ausführlich dar, weil bisher Fälle politischer Diskriminierung in der planenden Verwaltung und in angrenzenden, im Planungssektor tätigen Institutionen kaum eine breitere Öffentlichkeit erreicht haben, und fordern dazu auf, über ähnliche Fälle zu berichten.

Am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) sollte im Januar dieses Jahres eine wissenschaftliche Mitarbeiter-Stelle neu besetzt werden. Von dem dafür zuständigen Auswahlgremium wird ein Bewerber als am besten geeigneter Kandidat zur Einstellung empfohlen. Daraufhin führt die Institutsleitung des Difu mit diesem Bewerber konkrete Verhandlungen über Einstellungstermin und tarifliche Eingruppierung. Erst zu diesem Zeitpunkt führt der stellvertretende Institutsleiter Schmidt-Eichstätt Informationen über ein früheres Berufsverbotsverfahren gegen den Bewerber in den Einstellungsvorgang ein und erwirkt eine Absage gegen den Bewerber durch die Institutsleitung, ohne daß die Auswahlkommission oder der Bewerber zu diesen Informationen und den daraus abgeleiteten Schlußfolgerungen eine Stellungnahme abgeben können. Begründet wird diese Entscheidung unter Verweis auf politische Bedenken und den Bekanntheitsgrad des

## Berufsverbot am difu

damaligen Berufsverbotsverfahrens insbesondere damit, daß die Einstellung des Bewerbers eine negative Außenwirkung für das Difu habe und somit schädlich für das Institutsinteresse sei. Auch der Protest der Difu-Mitarbeiter in einer Versammlung führt nicht zu einer Rücknahme der ablehnenden Entscheidung der Institutsleitung. Mittlerweile ist die Stelle für ein anderes Tätigkeitsfeld umgewidmet und neu ausgeschrieben.

Der am Difu politisch diskriminierte Bewerber war früher wissenschaftlicher Assistent am Institut für Stadt- und Regionalplanung (ISR) der Technischen Universität Berlin. Während dieser Zeit ließ er sich 1975 für eine kommunistische Organisation als Kandidat zu den Abgeordnetenhauswahlen in Berlin aufstellen. Im Zusammenhang mit dieser Kandidatur wurde der Assistent aus dem Personalrat, dessen Mitglied er war, und aus der ÖTV ausgeschlossen sowie sein Antrag auf Verlängerung seiner Assistentenzeit abgelehnt. Dagegen protestierten die Institutsangehörigen, das Direktorium des ISR und der Fachbereichsrat des zuständigen Fachbereichs 2 einhellig, dazu ein großer Teil der Beschäftigten der TU insgesamt, u.a. auf einer Personalversammlung. Nicht zuletzt aufgrund dieser Proteste wurde der Assistent bis zum Abschluß der Vorermittlungen zu einem Disziplinarverfahren weiterbeschäftigt, dann jedoch aus dem Dienst entfernt.

In der Folgezeit gelang es ihm nicht, in Berlin in der Verwaltung, in Forschungsinstituten oder Planungsbüros eine Anstellung zu finden. Er begann ein Verwaltungsreferendariat in einem CDU-regierten Bundesland.

Allein Informationen über die stattgefundene Dienstentfernung, die sich der stellvertretende Difu-Institutsleiter SCHMIDT-EICHSTÄDT – seit neuerem auch Professor für Planungsrecht am ISR – beschaffte, genügten der Difu-Institutsleitung zur Ablehnung des Bewerbers. Damit betreibt dieses wissenschaftliche Institut politische Diskriminierung aufgrund von Hörensagen und wendet noch nicht einmal die Verfahrensgrundsätze der Berliner öffentlichen Verwaltung bei der politischen Überprüfung an, zu denen u.a. zählen, daß

- o länger als zwei Jahre zurückliegende „Erkenntnisse“ nur in besonders gewichtigen Fällen berücksichtigt werden sollen
- o insbesondere aber vorliegende „Erkenntnisse“ dem Bewerber schriftlich mitgeteilt werden sollen und ihm die Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben werden soll.

Diese Vorgehensweise läßt nicht nur minimale rechtsstaatliche Grundsätze außer acht, sondern steht auch im Gegensatz zu dem am Difu sonst vertretenen Anspruch von Wissenschaftlichkeit und Wissenschaftsfreiheit. Da die Institutsleitung es jedoch nicht einmal für notwendig gehalten hat, sich anhand eines Gesprächs oder neuerer Arbeiten des Bewerbers über dessen heutigen politischen Standort und mögliche fachliche Auswirkungen zu informieren, muß sie sich vorhalten lassen, die Entscheidung aus blankem politischem Opportunismus getroffen zu haben: „Die finanzielle Abhängigkeit von den Städten macht es erforderlich, in der Summe der Arbeitsergebnisse Ausgewogenheit sicherzustellen.“ Es erfolge keine Einstellung eines Bewerbers, der „auch nur dem äußeren Augenschein nach“ die politischen Kräfteverhältnisse am Difu verändern könnte, und „das Difu gilt schon als linkes Institut“ (Zitate SCHMIDT-EICHSTÄDT vor einer Versammlung von Studenten und Assistenten des ISR).

Eine solche Einstellungspraxis am Difu ist nicht nur ein Problem dieses Instituts und seiner Bewerber, sondern hat – vermittelt durch die Person Schmidt-Eichstätt – Auswirkungen bis in den Lehrbetrieb an der Universität. Denn was sollen Studenten davon halten, wenn ein und dieselbe Person einmal als Juraprofessor im Hochschulbereich Wissenschaftspluralismus und ein breites Spektrum „auch verfassungsfeindlicher Positionen“ für legitim hält, ein andermal aber als Institutsleiter und Arbeitgeber aktiv politische Diskriminierung betreibt? Gefragt ist also wohl eher politisches Wohlergehen, Selbstzensur und die Unterdrückung radikaler Stellungnahmen.

Hans Georg Claussen, Friedemann Kunst (im Auftrag der Assistentenversammlung des ISR)



- J.A. DUFFIE  
Sonnenenergie, Thermische Prozesse  
444 S. A4, 88,- DM

Ein Fachbuch, in dem Techniker, Ingenieure und Physiker genaue Unterlagen für thermische und wirtschaftliche Berechnung für Sonnenenergieanlagen finden. Wegen seiner zahlreichen theoretischen Ansätze und Ableitungen gilt es als ein Standardwerk für Solar-Spezialisten

- CLAUDIA LORENZ  
Solaranlagen im Selbstbau – ein Handbuch für Theorie und Praxis  
96 S. A4, 8,50 DM  
ab Januar 1980 ca. 10,- DM

Dieses umfassende Handbuch führt zunächst in die für die Praxis notwendige Theorie von Solaranlagen ein und beschreibt, wie solche Anlagen geplant und konstruiert werden können, welche Materialien möglich sind. 5 ausgeführte Selbstbauanlagen werden ausführlich beschrieben und 2 Anlagen durch Messung ihrer Leistung und Gebrauchstauglichkeit miteinander verglichen. Ein besonderes Kapitel geht auf die Preise solcher Anlagen ein und zeigt, daß sich solche Anlagen zu einem Viertel des Preises von industriellen Anlagen erstellen lassen.

## Wärmepumpen

- H. KIRN, A. HADENFELD  
189 S., 45,- DM

Ein Buch für den Techniker, der Wärmepumpensysteme planen und berechnen will. Thermodynamische Grundlagen – Auslegung der Wärmepumpe – Heizung mit Sonnenenergie unter Zuhilfenahme der Wärmepumpe.

- J.A. SUMMER  
Domestic Heat Pumps  
117 S., 18,- DM

Das Buch beschreibt die historische Entwicklung der Wärmepumpe seit 1850 bis heute, sowie Aufbau und Funktion. Schwerpunkt ist der Entwurf einer Wärmepumpenanlage zur Hausheizung. Mit ausführlich erläuterten Rechenverfahren im Anhang.

- R. FISHER, B. YANDA  
The Food and Heat Producing Solar Greenhouse  
162 S. A4, 14,- DM

Das Gewächshaus als Sonnenkollektor – Wie man es entwirft, baut und nutzt, um ohne Fremdenergie das ganze Jahr über Nahrungsmittel zu produzieren. Mit vielen Bildern und erklärenden Illustrationen.

- FRIENDS OF THE EARTH (Hrg.)  
Sonne!  
Eine Standortbestimmung für eine neue Energiepolitik mit Beiträgen von Bookchin, Brower, Georgescu-Roegen, Hayes, Lovins, Lyons, Mumford, Frankfurt 1979  
(fischer alternativ 4029, 7,80 DM)

Selbstbau von Sonnenenergieanlagen  
Bauanleitung am Beispiel einer 12 qm / 6001 Anlage  
Büdingen 1979  
(Helmut Hübner, Weihergasse 7, 6470 Büdingen 4  
4,50 DM + Porto)

## Biogas-Gewinnung

GÖTZ WINTERLIN  
Grundlagen und Aktualität der Biogasgewinnung  
Diplomarbeit 77  
demnächst gedruckt von Prof. Götz, technischer Ausbau Keplerstr. 11, 7000 Stuttgart 1

- H. EYSER  
Biogas  
56 S., 4,- DM

Eine Studie über die Aktualität der Biogasgewinnung: Sie erläutert die Gründe für das Wiederaufleben dieser alten Technologie, beschreibt den Gärungsprozess und die verschiedenen möglichen Anlagentypen mit ihren Vor- und Nachteilen. Außerdem Kostenüberlegungen und Entwurf einer Versuchsanlage.

- W. BAADER u.a.  
Biogas in Theorie und Praxis  
134 S., 17,- DM

Teil 1 des Buches geht auf die Verfahrenstechnik der Methangärung ein: Ein-

flußfaktoren der biochemischen Umwandlungsprozesse, Eigenschaften und Zusammensetzung der Produkte Gas und Faulschlamm, praktische Durchführung der Biogaserzeugung.  
Der 2. Teil untersucht die Nutzung von Biogas auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten

## Windenergie

- Energie vom Wind  
Tagungsbericht der DGS in Bremen  
370 S., 39,- DM

Der Bericht gibt einen guten Überblick über den neuesten Stand der Arbeiten zur Windenergie von kleinen Anlagen (200 W) bis zum Großprojekt (3 MW)

- Windkraftanlage 500 W  
2 Faltblätter 50 auf 70

Dokumentation des Selbstbaus einer kleinen Windmühle (3,3 m Flügeldurchmesser) mit einem Oktaeder-Turm aus Rundhölzern (Knüppelholz) mit maßstäblichen Zeichnungen der Anlage und des Propellerprofils

- F. v. KÖNIG  
Wie man Windräder baut  
142 S., 40,- DM

Planung, Berechnungsverfahren und Bauhinweise für drei Windmühlentypen: Langsamläufer (amerikanisches Windrad), Windrad mit La-Cour-Flügel, und Schnellläufer (nicht zum Selbstbau). Anhang: Werkstattpraxis für den Windmühlenbauer.

- Windenergie  
Eindhoven University of Technology  
21,- DM

Eine 300seitige Bibliographie alphabetisch und nach Schlagworten geordnet, über alle (?) Veröffentlichungen zur Windenergie. Stand Juli 1975.

- M. HACKLEMAN  
The Homebuilt Windgenerated Electricity Handbook  
194 S., 20,- DM

Der selbe Autor zeigt, wie man einen Turm für Windanlagen baut, wie man den Strom erzeugt und speichert und auch wie man ein motorgetriebenes Hilfsaggregat baut, wenn mal kein Wind weht.

- H. FREES  
Windkraft – Die unerschöpfliche Energie  
174 S. A4, 25,- DM

Das Buch enthält die wichtigsten Informationen über die Sonnen- und Windenergie und erläutert, was im Selbstbau möglich ist. Einige vom Autor gebaute Klein-Windkraftanlagen, die man bei ihm kaufen kann, werden mit den möglichen Anwendungsbereichen ausführlich beschrieben.

- Windpumpen Zentrale  
Lütthorn 51  
2330 Eckernförde

- ERICH MOHR  
Referenzliste Windenergie  
ca. 100 S. im Ringheft, 20,- DM

Eine sehr nützliche Sammlung von Informationen zur Nutzung der Windenergie, mit einer Darstellung heute verfügbarer Anlagen, und einem Verzeichnis von Herstellern und Lieferanten von Zubehör, einem Beispiel über ein Baugenehmigungsverfahren, Literaturverzeichnis und weiteren Adressen. Wird laufend ergänzt!

- H.-W. BRINK  
Windmühlen im Selbstbau  
247 S., 12,- DM

Dieses Buch vermittelt allgemeinverständlich die grundlegenden Kenntnisse zur Windkraftnutzung; zeigt, wie der Wind gemessen wird, welche Standorte

geeignet sind und welche Energieausbeute zu erwarten ist.  
Weiterhin gibt das Buch einen Überblick über die verschiedenen Windmühlen, und welcher Beitrag die Windkraft zur dezentralen Energieversorgung der Zukunft leisten kann.

## Selbstbau

- ROSWITA NÄHBAUER u.a.  
Selber und gemeinsam Planen, Bauen, Wohnen  
136 S. A4, 20,- DM

Dieses Buch berichtet über 26 Wohnbauprojekte aus mehreren europäischen Ländern, in denen die Bewohner versucht haben, ihre Wohnform selbst zu bestimmen, Un-Gewohntes auszuprobieren. Über Altbausanierung und Neubauplanung.

- GERNOT MINKE  
Alternatives Bauen  
GhK Kassel

## Biologisch Bauen

WOLFGANG JASPER  
MANFRED MÜCKE  
Biologisches Bauen  
Gut Höf, Eynatten/Belgien  
Arbeitskreis für Humanökologie Aachen  
Versuche einer Bauentwurfslehre und biologischen Gesichtspunkten

- H. PALM  
Das gesunde Haus

Wie ein gesundes Haus aussehen muß, welche Materialien am besten verwendet werden und welche Störfaktoren im Haus auf den Menschen einwirken können, wird hier aus anthroposophischer Sicht eingehend dargestellt. Palm versucht gewissermaßen eine Philosophie des Hauses.

- Schriftenreihe Gesundes Wohnen  
Institut für Baubiologie, Rosenheim

- Heft 1 Einführung in die Baubiologie  
6,- DM
- Heft 2 Radioaktivität von Baustoffen  
6,- DM
- Heft 3 Abwasserreinigung – Probleme der Kanalisation  
5,- DM
- Heft 4 Geobiologie und Standortkrankheiten  
6,- DM
- Heft 5 Die gesunde Heizung  
6,- DM
- Heft 6 Gesünder Wohnen durch biologisches Bauen  
8,50 DM
- Heft 7 Psychische Umweltvergiftung  
11,- DM

- Gesundes Bauen – Gesundes Wohnen  
187 S., 22,- DM

Forschungskreis für Geobiologie e.V.  
25 Beiträge von 18 Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis. Ein grundlegendes Werk über Baubiologie, Strahlungsfeld des Lebensraumes, Geopathogene Reizungen, Bauarten und Baustoffe, Städtebau, Haustechnik, Abfallbeseitigung etc.

- K.E. LOTZ  
Wilst du gesund wohnen  
17,- DM

- UWE KORTLEPEL  
Materialien und Dokumente zum gesunden Bauen  
Arbeitskreis für Humanökologie Aachen  
Gut Höf, Eynatten/Belgien  
Zusammenstellung von Artikeln aus Zeitschriften u. Büchern zum Thema.  
300 S.

- WALTRAUD WAGNER  
Reizende Erde:  
Elektromagnetische Felder in unserer Umwelt  
Grüner Zweig 57  
50 S. A4, 4,- DM

– und ihre Wirkung auf den Menschen: Kreislaufprozesse des Lebens und die Gesetze nach denen sie verlaufen, Elektromagnetische Felder unserer Umwelt und ihre Wirkung auf den Menschen.

HEINZ STANEK  
Biologie des Bauens.  
Vorwort: Konrad Lorenz  
Klett-Cotta, Stuttgart 1980,  
240 S., Ln. DM 22,-

## Aachen:

### Viele sind berufen, nur wenige sind auserwählt

Protest gegen Berufung von G. Schöfl (Who?) auf den Lehrstuhl für Wohnbau. Studenten organisieren kritische Universität.

Wie das gewöhnlich läuft, ist sattem bekannt: Der Berufungsprozeß kommt erst an sein friedliches Ende, wenn der kleinste gemeinsame Nenner gefunden, wenn der Kandidat gewählt ist, von dem beruhigt jedes Ausschußmitglied glaubt erwarten zu dürfen, daß er die eigenen fürstlichen Vorgärtchen schon nicht betreten werde.

Den Frieden aber störten in Aachen die Studenten. Der Ausschuß, befragt, was denn zur Auswahl dieses Kandidaten geführt habe, dessen zurückliegende Untaten im Dienste des sozialen Wohnungsbaus die Studenten aufgespürt und dokumentiert hatten, schwieg lautstark. Es hatte keine Gründe gegeben, die man herzeigen könnte; so konnte sich dummerweise auch keiner für den neuen Kollegen einsetzen und die Wahl verteidigen. Stattdessen verlegten sich Hochschule und Abteilung auf die Verteidigung von Demokratie. Es sei schließlich alles legal verlaufen, bekam drohend zu hören, wer von der Kommission Aufschluß verlangte. Der Konflikt spitzte sich zu, wie nicht anders zu erwarten. Im Maße wie die studentische Bewegung anschwellte, verlegte sich des Rektors Krisenmanagement auf den Versuch, einen harten Kern und Rä-

delsführer auszumachen. Auch das kennt man, es ist der Rede nicht wert angesichts der Leistung der Studenten und der Fachschaft für Architektur, den Konflikt wieder auf die angemessene Ebene zu heben: Unbeachtet von der Architektur-Abteilung freilich, aber mit großer Beteiligung von Studierenden und Fachwelt läuft eine von der Fachschaft initiierte Veranstaltungsreihe zur Problematik eines sozialorientierten Wohnbaus.

Im Sinne der Tradition der kritischen Universität werden hier in studentischer Selbstorganisation die Maßstäbe erarbeitet, mit denen die Situation des heutigen, gescheiterten Wohnungsbaus und mögliche Perspektiven zu messen sind. Als Referenten sind gekommen: Stefan Görner, Peter Zlonicky (der Vorgänger von G. Schöfl, der zuvor vom Wissenschaftsministerium unter schweren Druck gesetzt worden war, abzusagen), Ingrid Krau; Heiner Moldenschaefdt, Linde Burckhardt, Hartmut Frank, Doris und Ralph Thut, Hartmut Häußermann, Detlef Ipsen und Walter Siebel.

Nähere Informationen: Fachschaft Architektur e.V., Schinkelstr. 1, 5100 Aachen



## Ein Tropfen auf den heißen Stein ...

Roland Günter/Rolf Joachim Rutzen:  
Kultur-Katalog, VSA-Verlag, Hamburg  
1979, DM 15,-

Ausgehend von der Tatsache, daß die Kultur-Etats von Bund, Ländern und Gemeinden nur einer geringen Schicht der Bevölkerung zugute kommen, haben sich die Autoren Roland Günter und Rolf Joachim Rutzen daran gemacht, Formen alternativer Kulturpraxis zu sammeln, zu dokumentieren und zu illustrieren.

Dabei liegt die Betonung nicht so sehr auf dem Wort „alternativ“ (es ist ja mittlerweile von zu vielen Gruppierungen besetzt, die vieles sind, nur nicht alternativ), sondern darauf, daß es Kultur ist, wie wir leben. Es finden sich unter den mehr als 60 Stichwörtern dieses Buches viele, die dem Augenschein mit Kultur im landläufigen Sinn nichts zu tun haben, doch fällt beim Lesen auf, worum es den Autoren geht, und der Leser erkennt plötzlich, daß er den Begriff der Kultur zu lange anderen überlassen hat.

Wir lesen zum Beispiel unter dem Stichwort „Treffpunkt Straße“: „Der wichtigste Treffpunkt war über Jahrhunderte hinweg die Straße. Im Dorf und in den Volksvierteln, in den Handwerker- und Händlervierteln arbeiteten die Leute nicht nur im Haus, sondern auch auf der Straße. Dadurch entstanden viele Kontakte. (...) Was für den Schauspieler die Bretter bedeuten, bedeutet dem Arbeiter das Pflaster.“

Wir sehen, dieses Buch ist in einer herrlich einfachen Sprache geschrieben (der Leser wird übrigens geduldet), die es jedem möglich macht, dieses Buch zu lesen und zu verstehen, also auch denen, die Oper, Theater und Museum mitfinanzieren, doch an dem „Kunstgenuß“ nicht teilhaben. Dabei ist es keineswegs notwendig, dieses Buch von vorne bis hinten zu lesen: es ist – wie der Titel schon verrät – ein Katalog, d.h. man schlägt es auf, blättert weiter und – zwangsläufig – liest sich fest, denn, es macht Spaß, darin zu lesen, seinen Kulturbegriff zu überprüfen und sich anregen zu lassen.

Eine „Ansichts-Karte“ ist dem Buch beigelegt, eine Karte, auf die der Leser seine Ansicht zu dem Buch mitteilen kann. Man sieht, Günter und Rutzen geht es auch um Rückmeldung und es ist zu hoffen, daß davon fleißig Gebrauch gemacht wird, damit uns – bald? – eine erweiterte Auflage ins Haus steht.

Gegenüber der herrschenden, der tradierten Kultur mag das, was in diesem Buch vorgestellt wird, noch wie ein Tropfen auf dem heißen Stein wirken, doch es ist anzunehmen, daß es sich vielmehr um den steten Tropfen handelt, welcher den Stein höhlt.

Dieses Buch sollte allen, die beruflich mit Kultur zu tun haben (und nicht nur denen), zur Pflichtlektüre empfohlen werden.

Detlef Bombel

## Emanzipation auf dem Lande?

„KLEINE FLUCHTEN“.

Ein Film von Yves Yersin.

Die Auflöstung traditioneller Lebenszusammenhänge auf dem Lande im Zuge marktbezogener „Rationalisierung“ der landwirtschaftlichen Produktion – Plädoyer gegen eine individualistische Betrachtungsweise und Vermarktung des Filmes „Kleine Fluchten“ von Yves Yersin.

Die gängige Filmkritik stürzt sich auf die Figur des Pipe, die Werbung spricht von dem Film als einer „heiteren und befreienden Aufforderung zur Selbstverwirklichung“, „Kleine Fluchten“ – ein Film über einen lustigen alten Mann (analog der „unwürdigen Greisin“), der zu aller Überraschung und „Heiterkeit“ an seinem Lebensende noch einmal ausflüppt?

Wir meinen, daß der Film mehr zeigt: das „Landleben“ in einer Umbruchsphase, die Entwicklung neuer Produktionsmethoden und -fertigkeiten in der Landwirtschaft, den Zerfall der bäuerlichen Großfamilie. In diesem Zusammenhang erst wird die persönliche Entwicklung von Pipe wie auch die der anderen Personen verständlich, eine Entwicklung, die nicht isoliert betrachtet werden kann, die sonst zum unerklärlichen Klamauk verkümmert.

Auf den ersten, oberflächlichen Blick tritt uns im Film eine heile Welt gegenüber, die heile Welt des Landes: eine sate, die Augen des Städters wohlthuend beruhigende Landschaft, ein blitzblanker Bauernhof mit dem symbolischen, wohlgeordneten Misthaufen, bäuerliche Handarbeit, eine patriarchalische Großfamilie, in die auch die Knechte noch einbezogen sind.

Hinter dieser Fassade bröckelt es aber: Der Bauer beherrscht zwar die gemeinsame Essensrunde, seine Autorität hat aber keine rechte Basis mehr, der Sohn weiß anscheinend besser, wo es lang geht, die Tochter hält es in dieser Umgebung nicht mehr aus und arbeitet bereits in der Fabrik.

Gemeinsamkeit, dauernder Kontakt – Werte des ländlichen Lebens? Funktioniert die Großfamilie nur bei einer kollektiven, wenn auch hierarchisch organisierten, traditionell überlieferten und nicht in Frage gestellten Form der Landarbeit?

Für Frauen insbesondere scheint die „normale“ ländliche Perspektive trostlos: Die Bäuerin scheint nicht in die landwirtschaftliche Arbeit einbezogen zu sein, sondern putzt und kocht und wäscht (und hängt bereits gebügelte Wäsche auf!), paßt auf das Enkelkind auf. Die künftige Schwiegertochter, offensichtlich eine Stadtgeschädigte mit Landsehnsucht, wird in ihre Fußstapfen treten. Die Tochter will dieser Trostlosigkeit entfliehen, sie zieht es in die Stadt, ihren Arbeitsort. Eine Antwort auf ihren Landfrust ist der sexuelle Kontakt mit dem „Gastknecht“, dem Italiener.

Die Gesamtsituation ist sehr gespannt, da der Hof kaum mehr „eine Zukunft“ hat, Mehrarbeit und Stress müssen die mangelnde Konkurrenzfähigkeit ausgleichen. Der Bauer hat zwar bereits moderne Maschinen, er wirtschaftet aber noch in traditioneller Weise (und kann es auch gar nicht anders). Aber: Getreide, Milch und Kartoffeln bringen es eben heute nicht mehr, das Zauberwort

heißt: Monostruktur, in diesem Falle Spezialisierung auf Viehwirtschaft. Die Berater vom Landwirtschaftsamt sagen es, und der künftige Jungbauer will es – gegen den Vater.

Was bedeutet die Spezialisierung? Jetzt gibt es auf dem Hof noch Federvieh, ein paar Kühe (die, so könnte die Illusion entstehen, noch mit der Hand gemolken werden – in den Stall läßt uns der Film leider nie hineingucken) und zwei „Knechte“. Der Hof kann sich zum Teil selbst versorgen. „Spezialisierung“ dagegen räumt mit dieser Kleckerswirtschaft auf, alles wird auf die Viehwirtschaft konzentriert, man braucht neue Stallanlagen, also einen Umbau des Hofes, man braucht neue Maschinen, kurz: einen „modernen“ Betrieb. Spezialisierung heißt somit: viel Kapital, oder auch viele Schulden, oder auch Entlassung der dann unnötigen Handarbeiter (Entlassung des Italieners, „Pensionierung“ von Pipe). Spezialisierung erheischt einen neuen Typus von Bauern, einen Bauern, der auch von Buchführung etwas versteht.

Und Pipe, die Hauptfigur des Films? Er gibt langsam seine traditionelle Rolle als Landknecht auf, läßt sich faszinieren – wovon? Von den Reizen moderner Verkehrsmittel: dem Glanz und Lärm eines Mopeds, von vorbeifahrenden Touristen, von neuen kulinarischen Genüssen, und immer wieder von neuen Verkehrsmitteln: von Motorrädern, von einem Hubschrauber. Diese Verkehrsmittel erweitern den Aktionsradius von Pipe enorm, immer neue Aktivitäten (z.B. Moto-Cross) und Landschaften (z.B. das Matterhorn) werden erschlossen, Pipe entdeckt und nutzt einen neuen, auf dem Lande für einen „Knecht“ bisher undenkbar Lebensbereich: die Freizeit eines hochmobilen Menschen. In diesem Prozeß erkennt er sich selbst und seine frühere Rolle immer besser, was auch sein Umgang mit dem Fotoapparat beweist.

Wird Pipe so zum Städter, oder entwickelt er sich zu einem „emanzipierten“ Landbewohner, der sich das Land (allerdings ausschließlich dessen Freizeitqualität) mit Hilfe (städtischer?) Techniken und Medien neu und umfassender aneignet? Er wird jedenfalls zum Außenseiter, wenn auch nicht allein. Auch die Tochter mit ihrem unehelichen, nicht bemutterten Kind fällt aus der Rolle. Sie ist nicht mehr die auf dem Hofe mitarbeitende „Bauerstochter“, sondern verhält sich zum Land wie der erholungssuchende Städter: Während der ländlichen Arbeitszeit liegt sie auf der Wiese, läßt sich braunschmoren und hört Schlager.

Zusammen mit dem ausländischen Knecht, dem Italiener, der in dieser puristischen Nur-Arbeitswelt fremd bleibt, bilden Pipe und die Tochter eine Außenseiterbande. Eine Bande neuer Art, die auf dem Lande früher in bäuerlichen Großfamilien unbekannt war: eine Konsumbande, die neue Möglichkeiten des Lebens auf dem Lande gemeinsam entdeckt – mitten in einem Zerfallsprozeß traditioneller sozialer Bindungen. Und die Perspektive? Auf dem Land bleiben, in die Stadt gehen? Landflucht oder neue Aneignung des Landes?

Harald Bodenschütz  
Johannes Geisenhof



Ruth Becker

## Wem nützt und wem schadet die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen?

Bericht über ein Seminar des Difu und IWU

Die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen ist zunehmend in Mode gekommen. Waren es bisher vor allem nicht preisgebundene Altbauwohnungen, so sind jetzt zunehmend auch Sozialwohnungen betroffen. Deren Verkauf wird durch das gerade verabschiedete Wohnungsbauänderungsgesetz erleichtert (auch wenn uns manche Bundespolitiker das Gegenteil weismachen wollen).

Insbesondere für die Ballungsgebiete, in denen eine Verschlechterung der Wohnungsversorgung zumindest für die unterprivilegierten Gruppen nicht mehr geleugnet werden kann, ist diese Entwicklung äußerst problematisch, da umgewandelte Wohnungen zwar nicht vernichtet, aber von einem Wohnungsteilmarkt in einen anderen „transferrt“ werden und so gerade den Nachfragegruppen nicht mehr zur Verfügung stehen, deren Wohnungsbedarf am wenigsten gedeckt ist.

Dem vom Difu und IWU am 24.3. – 27.3.80 in Berlin veranstalteten Seminar zu diesem Thema fehlte es also nicht an aktuellem Zündstoff, zumal die Seminar-Teilnehmer überwiegend aus den Kommunen kamen, während die Referenten vor allem die an der Umwandlung interessierten bzw. beteiligten Institutionen sowie die Bundespolitik vertraten.

Entsprechend war der Seminarverlauf: Während die Veranstalter offensichtlich auf die „Ausgewogenheit“ des Programms geachtet hatten, entwickelte sich bei der überwiegenden Mehrheit der Teilnehmer zunehmend eine klare Ablehnung der Umwandlung sowohl für nicht preisgebundene Altbauwohnungen wie auch für Sozialwohnungen. Am Schluß des Seminars erarbeiteten die Teilnehmer eine Reihe von Vorschlägen, wie die Umwandlung, wenn nicht zu verhindern, so doch zu erschweren sei.

Das Schwergewicht des folgenden Seminarberichts liegt auf der Darstellung dieser politischen Auseinandersetzung. Darüber hinaus wurden von Mitarbeitern des Difu und IWU noch Informationen über die ökonomischen Hintergründe der Umwandlung und über die Lage auf dem Wohnungsmarkt geliefert, die hier nicht referiert sind.

### I. Die Guten und die Bösen

oder: Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe

Die rauhe Wirklichkeit der Spekulation ...

Als Problemeinstieg wurde ein Fall dargestellt, in dem ein Spekulant einen Block mit über 500 Sozialwohnungen (Corbusier-Haus in Berlin) aufgekauft hat und nun mit viel Gewinn als Eigentumswohnungen verkaufen will – an die Mieter oder an andere. Die Mieter versuchen sich zu wehren, doch ihre Aktionen werden unterlaufen: Als die Wohnungsbaukreditanstalt andeutet, daß sie vor Erteilung der Teilungsgenehmigung (für das noch nicht vollständig zurückgezahlte öffentliche Darlehen) Auflagen machen will, zahlt der Spekulant die öffentlichen Mittel auf einen Schlag zurück. Aus juristischen Gründen sieht sich darüber hinaus die Baubehörde gezwungen, die Abgeschlossenheitserklärung (die juristische Voraussetzung für die Umwandlung) zu erteilen. Der Protest der Mieter konnte also die Umwandlung nicht verhindern.

Eines aber hat die Mieterinitiative erreicht: Das Beispiel Corbusier-Haus zeigte zumindest den in Berlin verantwortlichen Politikern die Problematik der zur selben Zeit gerade in Bonn mit dem Wohnungsbauänderungsgesetz vorbereiteten (und inzwischen beschlossenen) Liberalisierung der Bindungsvorschriften des Sozialwohnungsverkauf erleichtern soll. Aufgerüttelt vor allem durch den Fall „Corbusier-Haus“ brachten die drei im Berliner Senat vertretenen Parteien in das laufende Gesetzgebungsverfahren den Antrag auf einen 10jährigen Kündigungsschutz nach der Umwandlung ein. Dies wurde im Bundestag auch zunächst so beschlossen, im Vermittlungsverfahren mit dem Bundesrat aber auf 8 Jahre reduziert (nur für Berlin blieb es bei den 10 Jahren). Diese Regelung schützt zwar die Mieter vor dem unmittelbaren Rausschmiß, es bleibt aber der auch im Corbusier-Haus spürbare Druck und eine erhebliche Verunsicherung der Mieter (die sicher in wenigen spektakulären Fällen noch erheblich größer ist). Bisher haben die Mieter im Corbusier-Haus zwar kaum gekauft, es ist aber nicht abzusehen, wie lange die „Front“ hält.

### ... und die heile Welt der Neuen Heimat

Ganz anders sind die Erfahrungen der Neuen Heimat. Deren Vertreter berichtete: Die Mieter der Neuen Heimat rennen ihr die Bude ein, weil sie alle ihre Wohnung kaufen wollen. Wenn sie sie nicht bekommen, ziehen sie alle weg und bauen ihr Häuschen im Grünen. Das ist Stadtfucht und die wollen wir doch alle nicht. In den

Sozialwohnungen bleiben nur die, die es sich nicht leisten können, zu gehen. Das Gebiet „sinkt ab“, wird zum Ghetto.

Und überhaupt, wir müssen doch den Leuten helfen. Und der Verkauf bringt ja auch Geld in die Kassen des Staates (der damit allerdings nach den Vorstellungen der Neuen Heimat denen, die ihre Mietwohnung kaufen wollen, helfen soll) und vor allem auch in die Kassen der Neuen Heimat. Die kann dann wieder viel bauen (nämlich für den Erlös aus 3–4 Wohnungen eine Wohnung).

Was da vorher erzählt wurde, das gibt es bei der Neuen Heimat natürlich alles nicht. Hier wird keiner unter Druck gesetzt. Wer nicht kaufen will, kann zur Miete wohnen bleiben. Und deshalb ist es ja so ungerecht, daß die Bremer Regierung verlangt, daß zwei Drittel der Mieter kaufbereit sind, bevor sie eine Teilungsgenehmigung gibt. Zumal die Neue Heimat die Erfahrung gemacht hat, daß nach und nach immer mehr Mieter kaufen (warum wohl?). Wenn natürlich eine Wohnung frei wird, dann wird sie auch an Dritte verkauft.

Aus dem Publikum kommen die ersten Einwände: Wir brauchen doch Mietwohnungen, für die, die sich kein Eigentum leisten können. Wir haben doch jetzt schon sehr lange Wartelisten für die Sozialmietwohnungen in unseren Städten!

Auch darauf weiß die Neue Heimat Antwort: Gerade deshalb müssen wir verkaufen, denn dann können wir ja auch neu bauen. Um zu bauen, braucht man Kapital, das bekommen wir von den Mietern, die ihre Wohnung kaufen. Damit bauen wir Wohnungen für Mieter (die nach einer Weile ihre Wohnung wieder kaufen sollen?).

### II. Die wissenschaftliche Fundierung

oder: Was man mit Zahlen alles machen kann

#### Was die Mieter wollen ...

Nach der neuen Heimat berichtete ein Vertreter der GEWOS von einer im Auftrag der Neuen Heimat durchgeführten Befragung über die Kaufbereitschaft von Neue-Heimat-Mietern. Ergebnis: 41% wollen kaufen. Er zeigte viele Zahlen, mit Overhead an die Wand produziert. Dann eine Tabelle, in der steht: 15% wollen ihre Wohnung kaufen, 2% haben sich sogar schon über Finanzierungsbedingungen usw. informiert. Die anderen, die zu den 41% noch fehlen, wollen



„vielleicht“ kaufen oder sind an einer ganz anderen Wohnung interessiert (etwa am Eigenheim im Grünen?) Den Vertreter der Neuen Heimat hindern aber auch diese eigenen Befragungsergebnisse nicht daran, unbeirrt von der hohen Kaufbereitschaft der Sozialmieter zu sprechen.

#### ... und was dabei herauskommt

Infas hat dazu etwas andere Zahlen. Zwar wurden (nach einer im Auftrag des BMBau durchgeführten Untersuchung über bereits durchgeführte Umwandlungen) 37% aller umgewandelten Wohnungen und 49% der Sozialwohnungen von den Mietern gekauft. Aber 1/3 davon kaufte nur aus Angst vor Kündigung. Daß diese Angst nicht unbegründet ist, zeigt die Tatsache, daß 20 bis 30% der Mieter umgewandelter Wohnungen kurzfristig verdrängt wurden. Dafür gibt es eine ganze Latte von Verdrängungspraktiken (Mietserhöhung, Modernisierung, Kündigung, Psychoterror, Auszugsprämien). Das funktioniert u.a. deshalb so gut, weil die Hälfte aller Mieter über ihre Rechte nicht informiert ist. (Das gilt übrigens auch für viele Drittkäufer, die zu 72% in die gekaufte Wohnung selbst einziehen wollen. 10% von ihnen hätte nicht gekauft, wenn sie die Kündigungsschutzgesetze gekannt hätten). Verdrängt werden vor allem „untere Sozialschichten, alte Menschen und Ausländer“, vor allem in die Außenbereiche der Städte.

In der Diskussion kam zunehmend zum Ausdruck, daß das Publikum mehrheitlich der Umwandlung ablehnend gegenüber steht. Die Gewos-Daten wurden kritisiert, einige Diskussionsredner äußerten die Vermutung, daß die Gewos von vorneherein eine hohe Kaufbereitschaft ermitteln wollte. Mehr Glauben finden die Zahlen der Infas.

Daß es (zu diesem Zeitpunkt) trotzdem nicht zu einer einhelligen Ablehnung des Sozialwohnungsverkaufs kam, lag vor allem daran, daß sich die Diskussionsteilnehmer (wie so oft) zunehmend über das sog. „Fehlbelegerproblem“ ereiferten. Tenor der Argumentation: Weil es Fehlbeleger gibt und man dagegen nichts machen kann, ist der Soziale Mietwohnungsbau sowieso verfehlt, letztlich ist es gleich, was mit den Sozialwohnungen passiert, sie können letztlich auch umgewandelt werden.

Darüber hinaus hatte der durch den Fall Corbusier-Haus erregte (und ohne jeden Zweifel berechtigte!) Ärger über das vielfach rüde Vorgehen vieler Spekulanten den für die Beurteilung der gesamten Umwandlungsproblematik nachteiligen Effekt, daß alles, was ohne die Zwischenschaltung eines gewerbsmäßigen Umwandlers bei der Umwandlung geschieht, als vergleichsweise harmlos erschien.

### III. Der Widerstreit der Meinungen

oder: es kommt immer darauf an, wessen Interessen man vertritt

#### Man kann alles so und so sehen ... oder: Die Neue Heimat ist schließlich auch Verbandsmitglied

Eine Meisterleistung an „Ausgewogenheit“ bot der Direktor des Verbandes niedersächsisch-bremischer Wohnungsunternehmen. Einerseits stellte er ausführlich die Nachteile der Umwandlung von Sozialmietwohnungen dar. So sprach er davon, daß gerade in Verdichtungsräumen Mietwohnungen notwendig sind und daß es eine Aufgabe der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft sein „könnte“, diese bereitzustellen. Weiter ist er der Meinung, daß nur ganz wenige Mieter erwerbswillig und -fähig sind und daß diese wenigen nicht die Wohnungen kaufen wollen, die die Gesellschaften gerne los hätten (nämlich die schlecht gebauten Wohnungen der 50er Jahre, bei denen erhebliche Modernisierungskosten anfallen, die den Käufern überlassen werden sollen).

Das hinderte ihn aber nicht, auf der anderen Seite zu behaupten, daß man ein Urteil über die Umwandlung nicht „rational ...“, sondern aufgrund von subjektiven Wertvorstellungen“ fällen könne; daß, wer A (Vermögensbildung) sagt, konsequenterweise auch B (Umwandlung) sagen müsse, daß die Umwandlung auch „Positiveffekte“ habe und daß die gemeinnützigen Unternehmen ja sowieso, egal was sie tun, immer einer „ideologischen Kritik unterzogen“ werden (und es deshalb egal ist, was sie tun?).

#### ... man kann aber auch Stellung beziehen

Der Verbandsdirektor der Berliner Gemeinnützigen meinte dagegen ganz gezielt, in Berlin habe die Umwandlung nur Nachteile. Die Gemeinnützigen in Berlin seien überhaupt nicht daran interessiert, umzuwandeln, deren Mietwohnungen werden auch weiterhin als solche gebraucht; die private Umwandlung hat für die Mieter verheerende Folgen, vor allem die spekulativen Umwandlungen. Diese Spekulation wird auch noch von der öffentlichen Hand gefördert (durch das Berlin-Hilfe-Gesetz u.a.).

Schlußfolgerungen: Möglichst keine Umwandlungen. Wenn sie aber nicht zu vermeiden sind, dann sollen wenigstens unterversorgte Gebiete sowie Modernisierungs- und Sanierungsgebiete davon ausgenommen werden. Durch eine Novelle des WEG (Wohnungseigentumsgesetz) sollen die Umwandlungen besser rechtlich abgesichert werden. (Daß es aber auch im Berliner Verband abweichende Meinungen gibt, war am nächsten Tag in der Zeitung zu lesen: Die Neue Heimat beschloß just zu diesem Zeitpunkt den Verkauf von Altbauwohnungen in Berlin.)

#### Die Umwandlung bringt für alle Probleme ...

Der Vertreter des Haus- und Grundbesitzerverbandes zeichnete erstaunlicherweise ein recht trauriges Bild der Umwandlung: Betrogen werden dabei eigentlich alle: Die ursprünglichen Hausbesitzer, die verkaufen müssen, weil sich ihr Objekt

nicht mehr rentiert (woran nach Meinung des Referenten natürlich die Mietgesetzgebung schuld ist, wie könnte es auch anders sein); die Käufer, die die Katze im Sack kaufen, weil sie nicht so recht wissen, in welchem Zustand das gekaufte ist, was da vor allem im Bereich des gemeinsamen Eigentums (Dach, Fassade usw.) auf sie zukommt. Und die im übrigen auch keine rechte Freude an ihrem neuen Besitz entwickeln können, weil der Mieterschutz sie an der Eigennutzung hindert. Für die Mieter schließlich sei es zwar auch nicht sehr schön, wenn umgewandelt werde – aber es sei nicht richtig, daß nur von den Nachteilen der Mieter geredet werde, man müsse auch an die Käufer und die ursprünglichen Eigentümer denken. Aber trotz alledem: ein Verbot der Umwandlung oder auf verbotsähnliche Behinderung zielende Maßnahmen widersprechen dem Grundgesetz. Das Publikum soll sich da keine Illusionen machen.

#### ... am meisten aber für die Mieter

Wer die Last der Umwandlung trägt, schilderte eindringlich ein Vertreter der Mieter. Er erinnerte daran, daß aus der Sicht der Mieter (insbesondere derer, für die auch auf lange Sicht keine Alternative zur Mietwohnung besteht) nicht der Wohnungsmarkt insgesamt relevant ist, sondern nur der Teilmarkt der relativ billigen Mietwohnungen. Und das sind vor allem die Altbauwohnungen und die älteren Sozialwohnungen, also gerade die Wohnungen, die umwandlungsbedroht sind. Mit der Umwandlung werden diese Wohnungen zwar nicht vernichtet, aber diesem Teilmarkt entzogen. Da nicht zu erwarten ist, daß der Bedarf an billigen Mietwohnungen in absehbarer Zeit zurückgeht (im Gegenteil lasse die Wirtschafts-, Einkommens- und Bevölkerungsentwicklung eher ein Anwachsen der Nachfrage nach diesen Wohnungen erwarten), verschärft die Umwandlung die Wohnungsprobleme vor allem der schon heute bei der Wohnungsverorgung benachteiligten Gruppen.

Die Umwandlung von Sozialwohnungen ist darüber hinaus abzulehnen, da sie den Grundgedanken des Sozialen Wohnungsbaus pervertiert. Die besondere Finanzierung im Sozialwohnungsbau, bei der das Eigenkapital des Bauherrn (im Gegensatz zum freifinanzierten Wohnungsbau) von Anfang an marktmäßig verzinst wird, hat nach Ansicht des Mietervertreters höchstens dann eine gewisse Berechtigung, wenn später eintretende Wertsteigerungen nicht realisiert werden. Die Hoffnung, die Wohnungsunternehmen könnten sich durch den Verkauf ihrer Wohnungen refinanzieren, sei illusorisch.

Seine Schlußfolgerungen: Die Umwandlung muß erschwert werden, z.B. durch die Ausdehnung der Kündigungssperrfrist auf 10 Jahre, durch Abschaffung des § 7b für Altbauten und durch eine Reinvestitionspflicht des Erlöses beim Verkauf von Sozialwohnungen.



#### IV. Verständigungsschwierigkeiten oder: wer global denkt, kann sich um's Detail nicht kümmern

Nach § 1 des Wohnungsbaugesetzes ist die Wohnungsbauförderung gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden. Wie diese gesetzlich geforderte gemeinsame Aufgabenbewältigung in der Realität aussieht, wurde durch die Referate der Vertreter von Bund und Kommunen sehr plastisch dokumentiert (von den Ländern war offensichtlich kein Vertreter zu gewinnen gewesen).

#### Das BMBau behält den Überblick ... oder: unsere Politik ist zwar gescheitert, aber wir bleiben trotzdem dabei

Der Vertreter des Bundes brachte es (mit einer für mich nur schwer nachvollziehbaren Logik) fertig, ausgehend von der Schilderung der Misere der deutschen Wohnungspolitik und ihrer nachteiligen Folgen für die Wohnungsversorgung (insbesondere in den Großstädten) zu dem Schluß zu kommen, daß – abgesehen von einigen Modifikationen im Detail – alles beim alten bleiben könne (oder müsse?)

Obwohl also auch nach Ansicht des BMBau überwiegend an der falschen Stelle (nämlich auf dem Land statt in der Stadt) die falschen Wohnungen (Eigenheime statt Mietwohnungen) gebaut werden und dies nicht unerheblich von der geltenden staatlichen Förderung verursacht wird, und obwohl daraus erhebliche Wohnungsprobleme in den Städten entstanden sind (zu wenig billige Mietwohnungen, zunehmende Zahl von Notfällen), wird vom BMBau offensichtlich auch weiterhin an der bisherigen Politik der einseitigen Eigentumsförderung festgehalten. Die Argumentation dafür geht etwa so: Die Eigentumsquote ist in der BRD niedriger als in anderen Ländern. Das muß anders werden. Dabei muß der Staat helfen, denn wer kann sich Wohnungseigentum schon aus eigener Kraft leisten? Den ganz Armen zu helfen geht aber auch nicht, denn dann muß man jedem einzelnen so viel geben, das lohnt sich nicht. Da nimmt der Bund lieber den „Mitnehmereffekt“ bei der Förderung der mittleren und höheren Einkommen in Kauf und hofft auf den „Sickereffekt“, auch wenn dieser auch nach Meinung des BMBau nur bei „aufgelockertem Wohnungsmarkt funktioniert“ (ob man ihn da noch braucht?). Mit solchen Dilemmas muß der Wohnungspolitiker leben, solche Widersprüche gibt's ja schließlich auch beim Altbau, da wird auch mit Hilfe der staatlichen Förderung Billigwohnraum vernichtet, werden die ärmeren Mieter verdrängt, verschlechtert sich deren Wohnungsangebot. Aber es geht schließlich um was Größeres: der „kontinuierliche Erneuerungsprozeß muß gewährleistet sein“ (wo bliebe denn sonst der Fortschritt?). Daß man aufgrund solcher Überlegungen auch die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen nicht ablehnen kann, leuchtet ein.

#### ... und die Kommunen die Probleme

Nach diesem makroökonomischen Höhenflug haben es die Vertreter der Kommunen (aus Wiesbaden und Köln) natürlich schwer, mit ihren Detailproblemen nicht als Kleinkrämer da zu stehen. Da klagt der eine über die Länder, die jedes Jahr neue Richtlinien herausbringen, und dies meist so spät, daß bis dahin das Geld schon wieder weg ist, da bringt der andere sehr eindrucksvolle Schilderungen über die Mitnehmereffekte bei der Altbauförderung, wo der Staat die Eigentumsbildung eines Spitzenverdieners mit der Summe fördert, die er sonst für zwei Sozialwohnungsneubauten aufbringt (durch Kombination von § 7b, § 82a EstDV, „Bauherrenmodell“ und Denkmalschutz), während die ständig länger werdenden Schlangen vor den Wohnungssämtern nicht wissen, wo sie eine geeignete Wohnung suchen sollen.

Was also für das BMBau bedauerliche, aber offensichtlich unvermeidbare Nebeneffekte der Wohnungspolitik sind, wächst sich für die Kommunen zum zentralen Problem aus. Da verwundert es nicht, daß in wohnungspolitischen Fragen (wie nicht nur in diesem Seminar festzustellen) die politischen Fronten häufig nicht entsprechend der parteipolitischen Zugehörigkeit verlaufen, sondern vom jeweiligen „Arbeitsfeld“ abhängig sind, also davon, wie gut das jeweilige Amt oder Büro gegen die „Belästigungen“ der Betroffenen (der Wohnungssuchenden) abgeschildert ist. Entsprechend brennt es den Kommunalvertretern auf den Nägeln, die Suppe, die ihnen Bonn und die Länder eingebrockt haben, wollen sie nicht auslöffeln. (So hat ja zum Beispiel auch der CDU-Oberbürgermeister von Stuttgart, Rommel, sich eindeutig gegen die von seinem CDU-Landesvater Späth mit großer Publicity eingeläuteten Verkauf von 16.000 landeseigenen Wohnungen gewandt). Allerdings, die Einigkeit der Kommunalvertreter schwindet, wenn es von der Kritik der Landes- und Bundespolitik zu Alternativvorschlägen geht. Da schimmert dann die jeweilige Partei wieder kräftig durch.

#### V. Das Publikum unter sich oder: Wie verhindern wir die Umwandlung?

Wie sehr die Verschlechterung der Wohnungsversorgung vor allem unterprivilegierter Gruppen in den Städten ins Bewußtsein – zumindest der am Seminar teilnehmenden Kommunalpolitiker und -beamten – gedungen ist, zeigten die Arbeitsgruppen der Seminar Teilnehmer. Die Umwandlung wurde ziemlich einheitlich abgelehnt, nur eine (kleine) Minderheit hielt die Umwandlung vor allem wegen des erhofften Zuflusses privater Mittel für den Wohnungsbau für vorteilhaft.

So hielt die Arbeitsgruppe, die sich mit den stadtentwicklungspolitischen Auswirkungen der Umwandlung beschäftigte, die durch die Umwandlung hervorgerufenen Verdrängungseffekte für weit aus gravierender als die Gefahr des „Ab-

sinkens“ eines Gebiets, in dem nicht umgewandelt wird (im Gegensatz zur Neuen Heimat, die zu Beginn des Seminars behauptet hatte, der Verkauf von Sozialwohnungen sei stadtentwicklungspolitisch unbedingt notwendig).

Die mit den Auswirkungen der Umwandlung auf den Wohnungsmarkt befaßte Arbeitsgruppe war sich einig, daß die mit der Umwandlung verbundene Verringerung des Angebots an billigen Mietwohnungen ungleich schwerwiegendere Folgen habe als der von der Umwandlung erhoffte „Investitionsimpuls“.

Dementsprechend lag das Schwergewicht in beiden Arbeitsgruppen bei Überlegungen, wie die Umwandlung zu verhindern bzw. zu erschweren sei. Ein generelles Verbot der Umwandlung erschien den Teilnehmern allerdings weder rechtlich noch politisch durchsetzbar, es kommen also nur Maßnahmen in Frage, die die Umwandlung möglichst unattraktiv machen oder in Einzelfällen verhindern. Dazu wurde vor allem die Anwendung (oder Androhung) eines kommunalen Vorkaufsrechts nach § 24a BBauG vorgeschlagen (siehe dazu den Aufsatz von J. Wolf in diesem Heft).

Erschwert werden kann die Umwandlung vor allem durch eine restriktive Handhabung bei der Erteilung der für die Umwandlung notwendigen Abgeschlossenheitserklärung sowie (bei Sozialwohnungen) bei der Aufteilung der öffentlichen Mittel. Außerdem bietet das Wohnungsbindungsgesetz die Möglichkeit, eine Stadt als Gebiet mit erhöhtem Wohnbedarf auszuweisen mit dem Effekt, daß bei vorzeitiger Rückzahlung der Öffentlichen Mittel die Sozialbindung der Wohnung noch 8 Jahre (in Berlin 10 Jahre) bestehen bleibt.

Neben diesen Empfehlungen zur Anwendung geltender Gesetze wurden eine Reihe von Vorschlägen für Gesetzesänderungen gemacht (die allerdings nicht in jedem Fall von allen Teilnehmern gebilligt wurden):

Einschränkung der Duldungspflicht des Mieters bei Modernisierung, eventuell verbunden mit einer befristeten Umwandlungssperre nach der Modernisierung (um das beliebte „Herausmodernisieren“ zu erschweren), gesetzliche Festlegung eines Vorkaufsrechts für den Mieter (für mindestens ein Jahr) befristetes Umwandlungsverbot nach Wohnumfeldverbesserungen, Verpflichtung zur Überprüfung der Gebäudesubstanz vor Umwandlung, Beschränkung des Verkaufspreises auf den Wiederbeschaffungswert (die Teilnehmer gingen davon aus, daß dieser weit unter dem vor allem von gewerblichen Umwandlern verlangten Preis liegt), Verlängerung der Kündigungsfrist nach der Umwandlung, generelle Abschaffung bzw. Modifikation der Abschreibungsvergünstigungen für Wohngebäude (§ 7b und 7 (5) EStG). Schließlich wurde noch gefordert, daß die Kommunen durch Marktbeobachtung Umwandlungsabsichten frühzeitig zu erkennen versuchen und dann die Betroffenen über ihre Rechte aufklären.

#### VI. Was hat's gebracht? oder: aus Bonn wenig Neues

Am Schluß durften die drei Bundestagsfraktionen sprechen, vertreten durch die Ab-



geordneten, die maßgeblich am gerade verabschiedeten Wohnungsbauänderungsgesetz (das ja die Umwandlung von Sozialwohnungen erleichtert) beteiligt waren. Von den Vertretern der CDU und der FDP hörte man die bekannten Positionen (die auch durch die anschließende Diskussion mit den Seminarteilnehmern nicht erschüttert wurden): Herr Francke von der CDU sang das Hohe Lied der freien Marktwirtschaft, die endlich auch auf dem Wohnungsmarkt verwirklicht werden müsse (mit den notwendigen (?) „sozialen Absicherungen“ natürlich); Herr Gattermann erwies sich als dem

BMBau-Vertreter ebenbürtiger Makroökonom und stellte die Frage: „Woher kommen die 100 Mrd. DM, die jährlich in den Wohnungsbau fließen müssen?“. Er ließ uns auch mit der Antwort nicht im Unklaren: Das Geld kann nur von privaten Investoren kommen, denn die öffentlichen Mittel, die für die Wohnungsversorgung insgesamt zur Verfügung stehen, reichen mit 20 Mrd. bei weitem nicht aus („und von Herrn Apel bekommen wir bestimmt nichts“). Außerdem sei die Verwendung der Wohnungsförderungsmittel weigend gesetzlich festgelegt, große Ver-

schiebungen bei der Förderung also gar nicht möglich. Und schließlich: „Die ordnungspolitische Grundsatzentscheidung heißt nach wie vor Marktwirtschaft“. Alles in allem: Die Wohnungspolitik muß für die privaten Investoren „Anreize“ schaffen. Der SPD-Vertreter (Paterna), der als einziger der Bundespolitiker am gesamten Seminar teilgenommen hatte, äußerte sich kritisch gegenüber der Umwandlung und griff eine Reihe der in den Arbeitsgruppen entwickelten Vorschläge auf. Wie weit und wie lang das im fernen Bonn anhält, muß die Zukunft weisen.

**Tagung der Evangelischen Akademie Berlin (West), des Deutschen Instituts für Urbanistik (DIFU) und des Instituts für Wohnungsbau und Stadtteilplanung der Technischen Universität Berlin (IWOS) vom 18.–20. April 1980 in Berlin**

## GEWALT IN DER STADT II

Die Zunahme von Gewalttätigkeiten in den Städten hat in den letzten Jahren die Öffentlichkeit ebenso alarmiert wie die mit ihrer Kontrolle befaßten Institutionen. In wachsendem Maße werden Probleme der Kriminalität und von Gewalt in Beziehung gesetzt zu Faktoren der Stadtstruktur, insbesondere zum Städtebau und zur Wohnungspolitik. Wie dieser Einfluß beschaffen ist und was er für die Menschen in den Städten bedeutet, ist aber noch weitgehend ungeklärt. Gewalttätiges Verhalten – darauf deutet aber einiges hin – kann vor allem bei Kindern und Jugendlichen erst dann angemessen entschlüsselt und damit begriffen werden, wenn es im Zusammenhang mit den Strukturen des städtischen Lebensfeldes gesehen wird. Denn alle Einflüsse von Familie, Kindergarten, Schule usw., alle Erfahrungen und prägende Erlebnisse von Kindern und Jugendlichen finden immer auch in einer bestimmten räumlichen Situation statt, die gerade in den großen Städten nicht einfach Geborgenheit, Freiraum und Chance, sondern eher Fremdheit, Behinderung und Zwang bedeuten. Erst aus einem Zusammenhang zwischen solchen verdeckten Gewaltverhältnissen und den geäußerten oder auffällig gewordenen Gewaltformen können sinnvolle Möglichkeiten für Veränderungen entwickelt werden. Dafür aber ist es nötig, Gewalt entgegen dem Alltagsverständnis in einer paradoxen Weise zu verstehen: kann Gewalttätigkeit als ein Phänomen gesehen werden, mit dem Personen in sozusagen „angemessener“ Weise auf subjektiv als unerträglich

empfundene Lebensumstände reagieren?

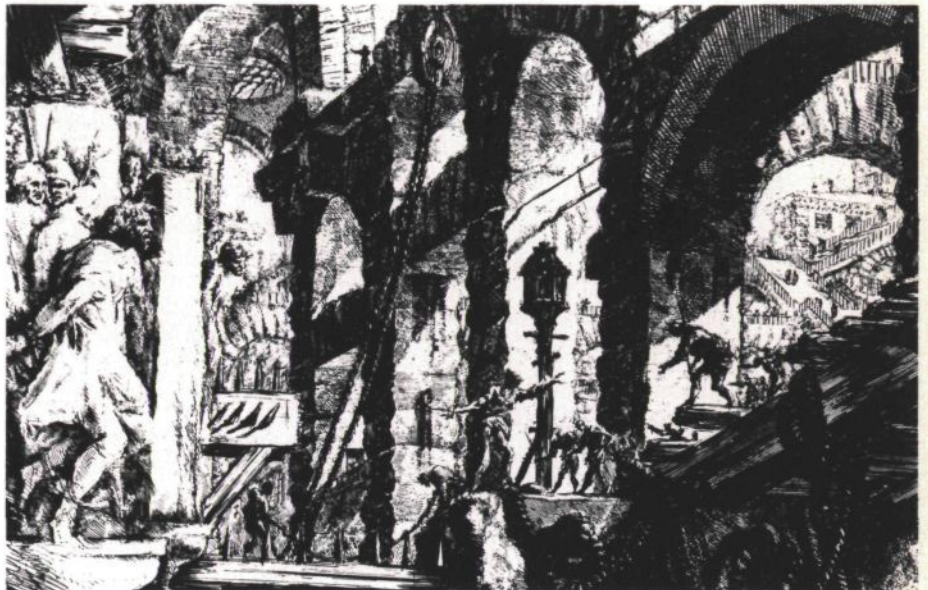
Zu diesen Fragestellungen trafen sich etwa 35 Teilnehmer – darunter Lehrer, Sozialarbeiter, Soziologen, Stadtplaner und Architekten – auf einer Wochenendtagung, die von der Evangelischen Akademie Berlin zusammen mit dem Institut für Wohnungsbau und Stadtteilplanung (IWOS) der TU Berlin und dem Deutschen Institut für Urbanistik (DIFU) veranstaltet wurde.

Diese komplizierte Thematik, zusätzlich behindert durch die Tabuisierung eines Gewaltverständnisses, das nicht primär nach Polizei und Staat ruft, erforderte auch andere Vorgehensweisen als im üblichen akademischen Veranstaltungsbetrieb. Nicht so sehr die wissenschaftliche Entwicklung von Gegenstrategien scheint derzeit die zu verfolgende Hauptrichtung im Umgang mit Gewalt zu sein; vielmehr sollte es um die Verfremdung und Infragestellung der für alle gewohnten Realität gehen mit dem Ziel, Gewaltverhalten nicht als individuelles Fehlverhalten, sondern als verstehbares Verhalten von ganz normalen Kindern und Jugendlichen zu erklären. So gab es zu Beginn der Tagung in Form eines fingierten 'Prozesses' eine Aktualisierung des alten Lehrstücks „Max und Moritz“ von Wilhelm Busch. Unter dem Vorzeichen einer heutigen Jugendgerichtsverhandlung und angereichert durch beispielhafte Alltagskommentare aus dem Publikum sowie durch ein psychologisches Gutachten zu den „Übeltätern“ aus heutiger Sicht von Prof. H. Keupp (München) gewannen die eingängigen Verse

von Wilhelm Busch eine frappierende Aussagekraft: Max und Moritz protestieren mit ihren Vergehen gegen eine extrem einengende, lustfeindliche und pseudo-harmonische bürgerliche Welt, die durchaus auf heutige Verhältnisse übertragbar ist, ebenso wie der Ausgang der Geschichte: wer von Ruhe, Leistung und Ordnung abweicht wird zermahlen – im makabren wörtlichen Sinn des Wortes. Vollends das vergleichsweise milde Urteil – Verwarnung mit angeordneter Erziehungsbeistandschaft – provozierte heftige Diskussionen, inwieweit wir heute eher von einer „munteren“, Streiche ausheckenden oder aber von einer „kriminellen“, zu allem fähigen Jugend zu sprechen haben.

Eine Ton-Dia-Schau der Filmerin I.E. Frey<sup>1)</sup> vermittelte am folgenden Tag einen nachhaltigen Eindruck von den Zwängen und Regulierungen der Lebenssituation für Kinder und Jugendliche in einer Berliner Großwohnanlage des Sozialen Wohnungsbaus. Dort bedeutet nahezu jede kreative Äußerung oder Tätigkeit von Kindern und Jugendlichen entweder die Beschädigung einer durch und durch zugebauten Umwelt oder eben für die betroffenen Kinder die Frustration all dieser Spiel-, Kommunikations- und Geborgenheitswünsche.

Zwei Arbeitsgruppen widmeten sich dann der Aufgabe, Gewaltverhältnisse im städtischen Alltag an konkreten Beispielen aufzuweisen. Anhand ausgewählter Texte und einer Bilddokumentation wurde in der einen Gruppe versucht, die Auswirkungen einer beschränkenden





und beeinträchtigenden Stadtstruktur auf den Alltag einer Familie aufzuzeigen; besonders ging es dabei um Probleme mit dem Wohnungsgrundriß bzw. -zuschnitt, der „Erschließung“ und Sicherung von großen Wohnanlagen, der Lärmbelastung, des Umgangs mit Kinderspiel und Tatendrang von Jugendlichen. Als ein wichtiges Ergebnis dieser Arbeitsgruppe konnte festgehalten werden, daß sich die Gewaltsamkeit städtischer Lebensverhältnisse für Kinder, Jugendliche und Erwachsene keineswegs nur als spektakuläre Bedrohungen darstellen; vielmehr nehmen sie zusätzlich mehr und mehr die Form von – je einzeln genommen nicht unbedingt alarmierenden – kaum mehr wahrgenommenen Verzichtssituationen an. Kaum ein Lebensvollzug, der nicht von baulichen, administrativen und normativen Strukturen schon vorher in eine enge Bahn kanalisiert würde. So ergibt sich in ihrem normalen Aufeinanderfolgen ein fast unentrinnbares Verichts-, Kontroll- und Belastungssystem. Darin zu funktionieren, zu spielen, zu wohnen, sich zu erholen, einzukaufen, zu kommunizieren usw. bedeutet die ständige Disziplinierung von körperlichen und psychischen Bedürfnissen; eine solche Disziplinierung („sei doch mal vernünftig!“) nicht zu schaffen, ist gleichzusetzen mit „abweichendem“ Verhalten, sozialer und juristischer Auffälligkeit.

Komplementär zu diesen sozusagen 'humanisierten' Gewaltsamkeiten längst gewohnter städtischer Strukturen läuft eine Berichterstattung über die gewaltsamen Reaktionen auf die vorenthaltenen Lebenschancen, mit der sich der zweite Arbeitskreis der Tagung beschäftigte. Eines seiner wichtigen Ergebnisse war die anhand von aktuellem Agenturmaterial gewonnene Einsicht, daß es auch für durchaus kritische Medien recht schwierig ist, aus dem zur Verfügung stehenden Material nicht bloß spektakuläre, reißerische Meldungen von individualisierten 'Untaten' zu machen, sondern Zusammenhänge herzustellen und die Ereignisse einem damit nicht vertrauten Publikum in ihrem alltäglichen Entstehen verständlich zu machen. Es zeigte sich aber auch, daß eine solche individualisierende, von allen strukturellen Hintergründen absehbende Berichterstattung über Gewalt in den Städten sich bewußt oder unbewußt, gewollt oder ungewollt, ganz gut in den Dienst von ökonomischen Interessen stellen läßt, sei es zur Erhaltung der Auflage bei einem sensationsgierigen und dabei angstvollen Publikum, sei es zum Verruf eines Stadtviertels, das sich nach dem Auszug der „besseren“ Leute leichter „sanieren“ läßt.

Wie schwierig es für die Sozialwissenschaften noch ist, mit dem Phänomen Gewalt in den Städten umzugehen, zeigte sich bei der Diskussion des Referats von Prof. O. Ramstedt (Bielefeld), der versuchte, die philosophischen und historischen Hintergründe unseres heutigen Gewaltverständnisses aufzuzeigen. Zwischen einer solchen Beschäftigung mit Gewalt und den realen Problemen von Gewalttätigkeit in den Städten besteht eine

Kluft. Sie zu überbrücken, ist umso dringlicher als die angesprochenen wissenschaftlichen Disziplinen bei weiterer Abstinenz von dem Problem der Gewaltentstehung in bzw. unter dem Einfluß städtischer Strukturen den alleinigen Umgang mit Gewalt dann der Polizei und den Medien überlassen. Deren Denken führt freilich nicht, wie es nötig wäre, auf die Frage, wie Bedürfnisbefriedigung und die Entfaltung von Sinnlichkeit (in ihrer umfassenden und nicht aufs Ehebett oder Bordell reduzierten Bedeutung) durch städtische Strukturen zurückzugewinnen wären. Verstärkte präventive Überwachung und Kontrolle der Wohngebiete und der „Abweichler“ durch die Polizei können nur zu einer weiteren Entsinnli-

chung von städtischer Lebenswelt führen. Statt dessen versuchten die Tagungsteilnehmer unter den Stichworten „Rückgewinnung der Sinnlichkeit“ und „Aneignung“ des eigenen Lebensraumes die Entfaltung der eigenen Körperlichkeit als Gradmesser für möglichst gewaltfreie Lebensverhältnisse zu setzen.

Herbert Grymer/Dieter Keim

#### Anmerkungen:

- 1) Diese Ton-Dia-Schau „Kinderalltag im Wohnbereich“ kann als Lehrmaterial bestellt werden bei: Irmgard Frey, Kolonnenstr. 48/49, 1000 Berlin 62, Tel. 030 / 782 4649

### ENERGIE – KRISE ODER GESCHÄFT? *Strategien zur Auseinandersetzung mit der Energiewirtschaft*

Daß Hessen als Veranstaltungsland gewählt worden war, ist kein Zufall: die Bürgerinitiativen wollen hiermit ihren Widerstand gegen die forcierte Atompolitik der von Börner und Karry geführten Landesregierung („Atom-Amoklauf“) deutlich machen. Auf dem Kongreß ging es aber nicht um die demonstrativen Abwehrmaßnahmen gegen Genehmigung und Bau von Atomanlagen, sondern um die Entwicklung längerfristig angelegter Strategien gegen die wirtschaftliche Macht der großen Energiekonzerne. Die Bürgerinitiativen gehen davon aus, daß zumindest mittelfristig keine „Energiekrise“ droht: bei hochwirksamer Nutzung der herkömmlichen und konsequenter Anwendung erneuerbarer natürlicher Energiequellen kann der fossile Primärenergiebedarf (Öl, Gas, Kohle) und auch der Strombedarf deutlich verringert werden, was allerdings den Interessen von Energiemultis bzw. nationalen Stromkonzernen diametral entgegenläuft. Soll die auf Groß- und Atomtechnologie gestützte, profitorientierte Expansion der oligopolistischen Energiewirtschaft verhindert werden, muß die Energiewirtschaft wirksamer demokratischer Kontrolle unterworfen werden. Verdeutlicht wurden die Interessenkonflikte zwischen Energiekonzernen und Verbrauchern in der Arbeitsgruppe 2, „Die Politik der Elektrizitätswirtschaft“. Die Energieversorgungsunternehmen (EVUs) versuchen den Strombedarf weiter zu erhöhen, z.B. indem sie in den Wärmemarkt (Nachtspeicheröfen, Elektrowärmepumpe) eindringen, damit die „langfristig eingepflanzten Zuwachsraten beim Stromverbrauch Marktresultat werden“. Außerdem wird weiter Energie bei Stromproduktion und -verteilung verschwendet (nur ca. 30% der aufgewandten Primärenergie kommen als Strom beim Verbraucher an) und den industriellen Erzeugern von Strom bzw. Prozeßwärme wird die Einspeisung in das öffentliche Netz faktisch verweigert. Die Bürgerinitiativen fordern:

### Bundesweiter Arbeitskongreß des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) vom 18.–22. April 1980 in Frankfurt

- 1) Verbot von Kraftwerksbauten ohne weitgehende Kraft-Wärme-Kopplung, also die Verpflichtung auf Nutzung der bei der Stromerzeugung entstehenden Abwärme; d.h. auch Beschränkung auf relativ kleine Kraftwerkseinheiten.
  - 2) Einschränkung des Leitungsmonopols der EVUs und Verpflichtung auf Abnahme von industriell und privat erzeugtem Strom aus Kraft-Wärme, Kopplungsprozessen und erneuerbaren Energiequellen.
  - 3) Einführung eines einfachen, linearen Stromtarifs, der hohen Stromverbrauch nicht mehr begünstigt und Abschaffung der Dumpingpreise für die Großindustrie.
- Ob und wie eine Funktionstrennung von Stromproduktion und -verteilung möglich und sinnvoll ist, etwa in Form einer Verstaatlichung des Leitungsnetzes, konnte nicht endgültig geklärt werden.

Nach der Kritik der heutigen Energiepolitik, der Analyse ihrer ökonomischen und politischen Hintergründe sowie dem Aufzeigen von energiepolitischen Alternativen, ging es in der zweiten Hälfte des Kongresses um die Entwicklung von Gegenstrategien und konkreten Aktionsformen:

- o Der inzwischen von mehr als 5.000 Haushalten in 85 Städten der Bundesrepublik getragene Stromteilzahlungsboykott wird als sozial gerechtfertigte Maßnahme angesehen; die Bürgerinitiativen erklären sich zu dessen Unterstützung bereit und schaffen u.a. einen Rechtshilfefond und eine Rechtsanwaltskette.
- o Den Politikern in den Kontrollgremien der Energiewirtschaft wird eine öffentliche Rechenschaftspflicht z.B. in Bürgerfragestunden des Gemeinderates abverlangt; von dieser Personalisierung der Verantwortlichkeit erhofft sich der BBU eine Verbreiterung der öffentlichen Diskussion besonders auf kommunaler Ebene; hierzu wird eine allen Bürgerinitiativen zugängliche Liste über die Bürgervertreter in solchen Gremien erstellt. (Ähnliches gilt für die Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten der EVUs).



o Die Teilnahme von BI-Vertretern an Aktionärsversammlungen der Energiekonzerne soll verstärkt werden, eine Broschüre über die Rechte und Möglichkeiten der Einflußnahme auf den Hauptversammlungen ist in Vorbereitung.

o Als Alternative zu den staatseigenen Großforschungszentren werden sich die ca. 30–40 unabhängigen Forschungseinrichtungen im Umkreis der Umweltschutzbewegung zur Arbeitsgemeinschaft Alternativer Forschungsinstitutionen (AGAF) zusammenschließen. Aus dem Etat des Bundesministeriums für Forschung und Technologie sollen für diese Forschung besonders im Bereich rationeller Energienutzung und regenerierbarer Energiequellen 100 – 200 Mio. DM bereitgestellt werden.

Einen für Städtebau und Planung wichtigen Anknüpfungspunkt stellt die Forderung nach kommunalen und regionalen Energieversorgungskonzepten dar, welche bei weitgehender Zurückdrängung des Erdöls eine energetisch möglichst sinnvolle Nutzung konventioneller und sanfter Energiequellen anzielen. Besondere Bedeutung wird dabei der Wärmedämmung des Wohnungsbestandes und der Raumheizung durch die Abwärmenutzung von Heizkraftwerken und industrieller Fertigungsprozesse zugemessen.

Bemerkenswert für den Kongreßverlauf ist, daß neben vielen Vertretern aus Bürgerinitiativen und einigen „Experten“ der Aktionskreis Leben – ein Zusammenschluß von Gewerkschaftern, die sich für eine nichtnukleare Position des DGB einsetzen – relativ stark vertreten war und auf Seiten der Bürgerinitiativen eine verstärkte Bereitschaft festzustellen war, mit den Arbeitnehmern ins Gespräch zu kommen, und dabei den ökonomischen Hintergrund der Energiepolitik in Analyse und Strategie miteinzubeziehen.

Wolfgang Beywl

### Kongreß „Frauen und Planung“ vom 25.–27. April 1980 in Dortmund

#### FRAUEN UND PLANUNG

Die erste und häufigste Reaktion auf die Ankündigung der oben genannten Tagung und auch nachher in „interessierten Fachkreisen“ waren die Fragen, ob denn „Frauen wirklich anders planen“ und – nach dem Motto „Planung ist für alle da“ – ob es in diesem Bereich denn etwas geben könne, was die Frauen – nun auch hier – für sich allein beanspruchen könnten.

Unsere Problemstellung für die Tagung hatte jedoch andere Akzente: zunächst ging es um die Frage, in welcher Weise Frauen von Planungsmaßnahmen betroffen und hierbei im Vergleich zu Männern stärker betroffen sind als diese. Unter dem ersten Themenkomplex: „Frauen an unterschiedlichen Standorten“ wurde die Situation von Frauen hinsichtlich ihrer Teilnahmemöglichkeiten am

Erwerbsleben unter der Bedingung zunehmender Konzentration qualifizierter, der Wegrationalisierung „weiblicher“, d.h. im allgemeinen minderqualifizierter Arbeitsplätze, analysiert (L. Krickau: Frauen und Regionalplanung).

Die Situation der Frauen in den reinen Wohngebieten der Trabantenstädte (U. Terlinden; Diana Lemmen: Frauen am Stadtrand), in denen sie die am wesentlichsten Betroffenen von fehlender sozialer Infrastruktur und schlechter Verkehrsanbindung ausmachen, bildete das Gegenstück zur erwerbstätigen Frau und warf die prinzipielle Frage nach geschlechtsspezifischer gesellschaftlicher Arbeitsteilung (Produktion/Reproduktion) im allgemeinen, die nach der Funktion von Hausarbeit im speziellen auf.

Die gewaltige Arbeitsbelastung durch Hausarbeit sowohl für die „Nur-Hausfrauen und Mütter“ als auch verstärkt für die berufstätigen Mütter wurde von I. Ketschau anhand von Zeitbudgetanalysen demonstriert.

M. Warhaftig erläuterte am Beispiel von Standardgrundrissen im Sozialen Wohnungsbau die Ausrichtung der Wohnungsgestaltung auf die Reproduktionsbedürfnisse von Männern, ihre affirmative Funktion für die Rollenverteilung innerhalb der Kernfamilien zu Ungunsten der Frauen. Die Darstellung verschiedener Formen der Raumanneignung innerhalb der Wohnung (O. Laufner) öffnete den Blick für mögliche alternative Wohnerfahrungen.

Anhand des in Berlin laufenden Forschungsprojektes „Auswirkungen der Stadterneuerung auf die Lebensbedingungen der Frauen in Kreuzberg SO 36“ (C. Bascon-Borgelt, F. Tempich) wurde gezeigt, daß wiederum Frauen die Hauptbetroffenen auch von Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen darstellen, da sie während der laufenden Maßnahmen unter erschwerten Bedingungen ihre normale Alltagsarbeit weiter verrichten müssen, ferner zusätzliche Belastungen durch Schmutz etc. in der Wohnung, durch Wohnungssuche, Umzug und Umorganisation der familialen Alltagslichkeiten bei Umsetzung erfahren. Als Frauenprojekt verstand sich dieser Ansatz nicht nur, weil hier Frauen als Forschungsobjekt von Frauen als Forschungsobjekt untersucht wurden, sondern weil gerade diese Trennung aufgehoben werden sollte auf der Basis gemeinsamer Betroffenheit von Frauen in ihrer gesamtgesellschaftlichen Stellung: Aktionsforschung und Stadtteilarbeit als integrative Bestandteile des Forschungsprozesses sind hier die richtungsweisenden Stichworte und geben eine Teilantwort, nicht auf die Frage, ob Frauen anders planen, sondern zunächst einmal darauf, ob Frauen anders forschen.

Eine Teilantwort gibt dieses Projekt auch auf eine Zielfragestellung der Tagung, nämlich, wie die Durchsetzung von Fraueninteressen in der Planung vorangetrieben werden kann: Aufdecken gemeinsamer Betroffenheiten, Stadtteilarbeit und die Organisierung der eigenen Interessen sind erste notwendige Schritte.

Der zweite thematische Schwerpunkt galt den „Fachfrauen“, der Berufssituation und den Handlungsmöglichkeiten von Architektinnen und Planerinnen an ihren jeweiligen Arbeitsplätzen sowohl unter dem Aspekt ihrer persönlichen Situation als Frau unter Männern als auch unter dem Aspekt ihrer Möglichkeiten, sich für die Interessen von Frauen im Planungsprozeß einzusetzen.

Die Situation der Planerinnen und Architektinnen spiegelt die allgemeine Berufssituation von Frauen wider: sie bekleiden im allgemeinen eher die unteren Positionen innerhalb der Verwaltungs- und Bürohierarchien, werden schlechter bezahlt, haben häufiger befristete und Teilzeit- sowie speziell AB-Stellen inne und sind insgesamt von höherer Arbeitslosigkeit betroffen.

Ihre objektiv schlechtere Stellung im Arbeitsprozeß und die damit – meist – einhergehenden Probleme in der Selbsteinschätzung und Durchsetzungsfähigkeit im Rahmen männlichen Konkurrenzverhaltens, verweist auf die Notwendigkeit, sich Stabilisierungsmöglichkeiten außerhalb des direkten Arbeitsbereiches zu suchen: in diesem Zusammenhang wurde die Gründung regionaler Arbeitsgruppen von Planerinnen und Architektinnen diskutiert, in denen sowohl Arbeitsplatzprobleme als auch Planungsprobleme unter dem Aspekt der zunehmenden Berücksichtigung von Fraueninteressen besprochen werden sollen.

Die Überlegung zur Bildung regionaler Arbeitsgruppen stellt auch eine direkte Reaktion auf die Tagung in Dortmund (und verschiedene vorhergehende) dar; das heißt eine direkte Reaktion auf die Frage, wie Frauen in diesem Bereich die notwendige inhaltliche und organisatorische Arbeit voranbringen können.

In Dortmund hatten 100 Frauen aus der gesamten Bundesrepublik, Westberlin und Holland teilgenommen, von denen ca. die Hälfte aus Wissenschaft und Forschung, 25 aus der Planungspraxis kamen und 25 Architektur- und Planungsstudentinnen waren. Der unterschiedliche Informations- und Bewußtseinsstand hinsichtlich der Bedeutung von „Frauenfragen“ in der Planung begründeten die unterschiedlichen Erwartungen an die Tagung, die von erster Information über das Thema, dem Einbringen und Diskutieren eigener Primärerfahrungen im Beruf bis hin zur inhaltlichen Weiterarbeit in Richtung feministischer Planungstheorie und -praxis reichten.

Daß in zweieinhalb Tagen nicht all diese Ansprüche abgedeckt werden konnten, liegt auf der Hand. Eine Großveranstaltung wie diese in Dortmund zeigte – und das ist ein wichtiges Ergebnis! –, wie groß das Interesse und der Bedarf an inhaltlichem und persönlichem Austausch auch unter den Frauen im Planungsbereich ist. Sie zeigte aber auch, daß andere Organisationsformen gefunden werden müssen, in denen Erfahrungsaustausch und inhaltliche Diskussion kontinuierlicher weitergetrieben werden können.

Dorothee Obermaier



## RESOLUTION

der Teilnehmerinnen des Kongresses „Frauen und Planung“ vom 25.-27. April 1980 in Dortmund einstimmig verabschiedet am 27.4.80 von 60 Frauen

Wir Frauen wollen nicht mehr länger zusehen oder in Angst verharren, was der Präsident der USA morgen wieder an neuen Aktionen unternimmt, um den Weltfrieden in Gefahr zu bringen.

Wir sehen hinter der mißglückten amerikanischen Militär-Aktion im Iran am 24.4.1980 eine Politik, die – unter dem Deckmantel der Menschenrechte – die Ölfelder für die europäischen, japanischen und amerikanischen Industrien sichern soll. In vielen Untersuchungen ist nachgewiesen worden, daß die Panik um die Energieversorgung unberechtigt ist, wenn in allen Ländern die vorhandenen Energien und neue Techniken – wie Wind, Sonne, Erdwärme – genutzt werden. Auch die lebensbedrohende Atomenergie ist zur Erhaltung unserer Lebensbedingungen nicht notwendig.

Die Alternativenenergien haben jedoch nicht den Vorteil, daß sie Eigentum der Öl- und Energiemonopole sind und damit bedrohen sie die Gewinne der Monopole, die in den letzten Jahren schwindelnde Höhen erreicht haben.

So erweist sich die Kriegstreiberei von Carter als ein Aufs-Spiel-setzen der Existenzgrundlagen von allen Frauen, Kindern und Männern.

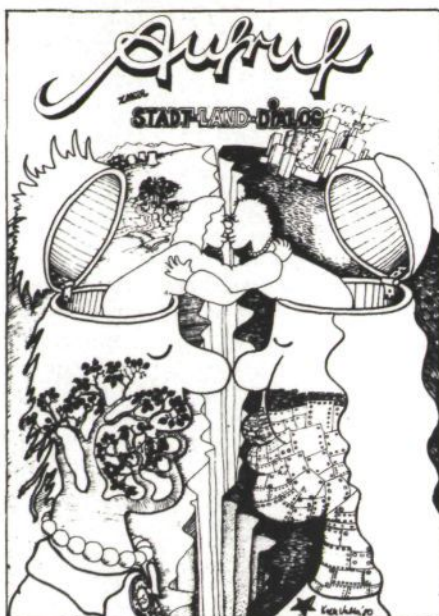
Carters Politik will die europäischen Staaten mit ins Schlepptau nehmen, indem er an die Bündnis-Treue der NATO-Partner appelliert. Das steht im Widerspruch zu den ursprünglichen Zielen der NATO als Verteidigungsbündnis. Das birgt die Gefahr, daß Europa zum Schlachtfeld der Auseinandersetzungen zwischen den USA und der UdSSR wird.

Zur Zeit treffen Männer die Entscheidungen über uns alle. Der drohende Boykott der olympischen Spiele, die weitere Aufrüstung mit Atomraketen in Europa sind Schritte, die die Gefahr eines Weltkrieges erhöhen, statt, wie in den Wahlslogans unserer Politiker propagiert wird, den Frieden zu sichern. Man appelliert wieder an die Frauen, die ein hohes Wählerpotential darstellen, mit ihren Stimmen für die zukunftsichernde, friedenssichernde, energiesichernde Politik von Männern einzutreten, die die Gefährdung mit verursacht haben, indem sie sich nicht eindeutig für das Volk sondern für Konzerne und Industrie eingesetzt haben. Von den Frauen wollen sie das Futter für ihre Kanonen, die Krieg, Frauenfeindlichkeit, Zukunftsunsicherheit und Gefahr bedeuten.

Wir fordern alle Frauen auf, sich mit uns zu solidarisieren und Aktivitäten zu entfalten, um die drohende Zerstörung unserer Lebensbedingungen, die unserer Kinder und auch die unserer Männer zu verhindern.

Durch Demonstrationen, Diskussionen und auch in Wahlveranstaltungen müssen wir unseren Politikern deutlich machen, daß wir uns wehren.

Es wird höchste Zeit, daß wir SELBST FÜR DEN FRIEDEN KÄMPFEN!



Kongreß: Stadt-Land-Dialog vom 18.-20.4.1980 in Berlin

## STADT-LAND-DIALOG

Die Stadt: eine Front riesiger Hochhäuser, kalt, abweisen, einheitlich, ein zweidimensionales Objekt, ohne Raum für menschliches Leben; das Land: durch Stacheldrahtzäune gegliederte Fluren, keine Bäume, Tiere, Menschen, eine leere Straße, in der Ferne – vereinsamt – ein Kirchdorf; das Verhältnis von Stadt und Land: ein Hochhaus bricht aus der Stadtfront, fällt nach vorne, erschlägt das Dorf, die öden Fluren ...

Das Ankündigungsplakat für den Berliner Stadt-Land-Dialog vom 18. bis 20.4.80 ließ keinen Spielraum für Sehnsüchte nach Idylle, für Heimatgefühle, Einstellungen, die auf dem Treffen allerdings eine große Rolle spielten. Der von den Zeitschriften „Traumstadt“, „Traum-A-Land“ und „Ästhetik und Kommunikation“ ausgerufene Stadt-Land-Dialog zwischen „Großstadt- und Provinzlinken“ provozierte – nach einer Tonband- und Luftballoneröffnung – zunächst die obligatorischen Grundfragen: Warum wird ein solcher Dialog in Berlin und nicht auf dem Lande veranstaltet? Warum sind auf der „erstaunlichen Podiumsdiskussion mit ländlichen und städtischen Einlagen“ nur Männer vertreten? Was heißt denn hier überhaupt „links“? Die ersten beiden Fragen wurden – wie zu erwarten – mit dem Hinweis auf die bittere Realität beantwortet (schön wäre es ja anders, aber wenn kein Dorf sich bereit erklärt, wenn keine Frau mitmacht, solle MAN dann nichts machen und warten?), die dritte Frage blieb offen, die Erweiterung bzw. der Ersatz des „links“ durch „alternativ“ lag natürlich in der Luft.

Alternativ oder links – tatsächlich war die soziale Basis des Berliner Treffens ziemlich breit: Alternativbauern, Provinzlinke, Regionalisten, Stadt-Land-Theoretiker, Bürgerinitiativler, Planer, Großstadtfreaks usw. tummel-

ten sich auf dem Gelände der FU, blieben weitgehend unter sich in den Arbeitsgruppen und versuchten sich im „Dialog“ auf den kulturellen Veranstaltungen und bei der „Abschlußdiskussion“. Im Zentrum der Auseinandersetzung standen aber vor allem nur zwei Konzeptionen: die der Provinzlinken (vertreten vor allem durch die Zeitschrift „Traum-A-Land“, Kontaktadresse: A. Herrenknecht, Frühmesse 3, 6983 Kreuzwertheim) und die der Großstadtfreaks (vertreten durch Berliner „Stadtsceneler“).

Die „Provinzlinke“ warnte vor den „Großstadtheuschrecken“, die hin und wieder über das Land herfallen und durch ihre potentielle Verständnislosigkeit für die Landbewohner auch Schaden anrichten könnten, sie pochte auf das Recht einer (von der Stadtlinken) „autonomen Politik“ und verwies auf ihre Tradition (z.B. in der Jugendzentrenbewegung) und aktuelle Praxis (z.B. Bundschuh-Initiative gegen die geplante Daimler-Benz-Teststrecke). In diesem Zusammenhang meldeten sich die Stadt-Land-Theoretiker zu Wort: Wo denn, bitteschön, ist die strategische Perspektive, wie soll es weitergehen auf dem Land, wie soll das Dorf von morgen aussehen? Die soziale Bewegung auf dem Lande ist doch vor allem eine Widerstandsbewegung, eine Bewegung gegen Entscheidungen, die in den Städten getroffen werden, und daher (?) ist auch die Forderung nach „Autonomie“ eigentlich ein Beharren auf Kirchturnpolitik ...

Weniger „dialogisierend“ als provozierend brachte sich eine andere „Großstadtfraktion“, die „Stadtsceneler“ ein: Sie proklamierten das Recht auf Liebe zur Stadt, die nicht mehr verdrängt werden dürfe, und definierten jenseitige (armer Liebesbegriff!) folgendermaßen: ja zum Wunsch nach einer rasanten Fahrt mit dem Porsche auf dem Avus, ja zur Sehnsucht nach dem Kaputten, Dekadenten, ja zum nekrophilen Feeling in den runtergekommenen Türkenghettos, in den Ruinen der Stadt usw., usw. Dieser Gruppe fehlte nicht nur die „politische Perspektive“ (diese haben sie – frustriert – längst aufgegeben), es fehlte ihr auch der Wille (oder die Fähigkeit) zum „Dialog“, zur Auseinandersetzung. Ihr ging es ums Überleben, um Anerkennung ...

Stadt-Land-Dialog: ein großes Vorhaben, dem man/frau in Berlin erst einige Schritte näher gekommen ist. Die Schwierigkeiten waren offensichtlich: Nicht nur angesichts der realen sozialen Bewegungen in Stadt und Land, sondern auch im Hinblick auf die in Berlin vertretenen bzw. als „Unterstützte“ auftretenden Gruppen war der gemeinsame Dialog äußerst ungleichgewichtig (was wohl nicht nur an der Problematik selbst lag, sondern auch ein bißchen an mangelnder Vorbereitung und Organisation). Ein Anfang jedenfalls wurde gemacht, weitere Schritte sollten folgen.

Harald Bodenschatz